

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anferate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzzeit kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 25.

Sonntag, den 21. Juni.

1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

## Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Säulstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## 500 Millionen Mark neue Steuern!

Himmelangst muß es dem arbeitenden Volke werden, wenn es hört, daß der Reichsschatzsekretär Sydow mit dem Plane umgeht, vom Reichstag im nächsten Herbst fünfhundert Millionen Mark neuer Steuern zu fordern. Ausgerechnet sollen es erst 450 Millionen sein, aber, könnte er es bekommen, so nähme Herr Sydow noch mehr, denn die neuen militärischen Forderungen für Heer und Marine werden sehr bald ein neues Defizit in die Reichsfinanzen reißen, wenn — erst das jetzige Defizit gedeckt wäre.

Die arbeitenden Klassen müssen sich durch die neuen Steuerpläne bedrückt fühlen, weil sie wissen, daß indirekte Steuern das Loch im Reichsäckel zuzustopfen sollen, indirekte Steuern, die die Lebenslage der Arbeiter noch mehr verschlechtern, ob sie nun auf die unentbehrlichsten Lebensmittel oder die sogenannten Genussmittel gelegt werden.

Wie man es wagen kann, das arbeitende Volk wieder mit einer so ungeheuerlichen Schröpfung zu bedecken, könnte in Erstaunen setzen, wenn man nicht die unerfüllliche Gier und die bodenlose Rücksichtslosigkeit der herrschenden Klassen kennt, unter denen besonders die preussische Junkerklasse sich in der Bekämpfung der werktätigen Klassen und in der Schonung der Besitzenden hervortut. Aus agrarischen Kreisen kommt der stärkste Widerspruch gegen direkte Steuern, die die Besitzenden zu höheren Pflichten für das Reich, dessen Vorteile sie hauptsächlich genießen, heranziehen würden. Eine Reichseinkommensteuer, eine Vermögenssteuer und eine vernünftige Gestaltung der Reichserbschaftsteuer wäre imstande, die Reichsfinanzen von der Misere des jetzigen Defizits zu befreien. Freilich, wenn dann immer wieder neue Forderungen für den Moloeh Militarismus gestellt und bewilligt werden, muß das Finanzloch von neuem ausbrechen. Jetzt ist der Nachfolger des mit seinen bekannten Steuerprojekten durchgefallenen Schatzsekretärs v. Stengel, Herr Sydow, bemüht, das gegenwärtige Defizit zu decken, was dann weiter kommt, kümmert ihn vorläufig nicht. Ist nur erst der beabsichtigte Zug auf die Taschen der Steuerzahler gelungen, dann ist seine nächste Aufgabe erfüllt.

Wie er sie zu erfüllen gedenkt, darüber gelangen jetzt keine Einzelheiten in die Öffentlichkeit, obgleich Herr Sydow Schweigen darüber zu bewahren sucht bis zu dem Augenblick, wo er eine Ueberrumpelung für erfolgreich hält. Es ist die alte Methode der Volkstauschung, die hierin wiederkehrt, aber allgemach besser durchschaut wird. Wir haben bereits bei der Vertagung der Steuerpläne im Anfang dieses Jahres, nach dem Sturze des Herrn v. Stengel, gewarnt, optimistisch in die Steuerzukunft zu sehen und absehbaren speziell die Festhaltung des Planes einer höheren Besteuerung des Tabaks. Wie recht wir hatten, wird durch die offiziellen Kundgebungen sowohl, wie durch die von Kennntnis habenden Stellen verratenen Absichten des Reichsschatzsekretärs bestätigt.

Das Zentrum hat, obgleich es nach den letzten Reichstagswahlen in die Wüste bürgerlicher Opposition gestochen worden ist, noch intime Beziehungen zu den höchsten Reichsämtern und ist daher in der Lage, manches besser zu wissen, als es den Regierungsspitzen lieb ist. So wird in der Kölnischen Volkszeitung verraten, welcher Art die neuen Steuerpläne sein werden; ja, das Blatt konnte sogar mitteilen, daß die Unterhändler der Blockparteien bereits wieder zum Reichskanzler gewandert sind, wie voriges Jahr nach Norderny, um ein Uebereinkommen bezüglich der neuen Steuern zu erzielen. Ueber dieses neueste Konventikel weiß das Blatt folgendes zu berichten:

Am gestrigen Donnerstag — 11. Juni — fand in Berlin die erste Besprechung der Blockführer über die Sydowschen Pläne statt. Der Reichskanzler und der Reichsschatzsekretär haben sich verständigt; ehe die Materie weiter beraten wird, soll der Block gehört werden. Es sind unter andern geladen die Abgeordneten Wasser mann und Dr. Paasche (denen der Reichskanzler das Bedauern über den Ausfall der Landtagswahlen aussprach), Dr. Wiemer und Dr. Müller-Reinigen, Freiherr von Camp und Freiherr v. Nitzthofen. Nach dieser Konferenz gehen die Sydowschen Pläne an das preussische Staatsministerium, das noch vor den Ferien Stellung nimmt; der Bundesrat hat sich erst im Herbst mit den Vorlagen zu befassen, und zwar in den ersten Septembertagen. Die Steuergesetze sollen dann dem Reichstage sofort bei der Wiederaufnahme der Arbeiten vorgelegt werden.

Weiter konnte das Blatt über die Steuerpläne mitteilen, Herr Sydow fordere 500 statt 400 Millionen Mark neue Steuern, also netto eine halbe Milliarde jährlich mehr. 450 Millionen wolle aber der Freisinn nur be-

willigen, damit er nicht Gefahr läuft, ausgeschaltet zu werden. Unse Leser verweisen wir hierzu auf unsern Leitartikel: „Zentrumsfinstern“, in Nr. 22 des Tabak-Arbeiter, der die gleiche Ansicht über die Haltung des Freisinn auspricht. Ferner schreibt aber die Kölnische Volkszeitung:

In erster Linie will Herr Sydow aus den Reichsbetrieben mehr herausziehen, da diese nach Verabschiedung der Beamtenaufbesserung mit Fehlbeiträgen arbeiten. Die Reichspost soll herangezogen werden dreifachweise: 1. durch Einführung des Gesprächsapparates, die Einnahmen aus dem Telefon stark in die Höhe gehen; 2. die Gebühren für die Telegramme sollen erhöht werden; nur das Telegramm mit zehn Worten soll fünfzig Pfennig kosten, jedes Wort mehr aber 7 Pfg. oder mehr; 3. die Gebühren für die Zeitungen werden um 300 Prozent in die Höhe gesetzt, da die Post an den Zeitungen nur 11 Millionen Mark einnehme und 30—40 Millionen Mark zusetze. In den Einzelheiten kann noch eine Aenderung eintreten; aber der Grundgedanke steht fest, selbst wenn ein amtliches Dementi erfolgen sollte.

Die Herabsetzung der Zuckersteuer mit einem Ausfall von 35—40 Millionen ist auch im Programm enthalten; diesen Ausfall soll das Bier aufbringen. Die süddeutschen Staaten wehren sich zwar gegen eine solche Erhöhung der Biersteuer, da ihnen diese die eigne Biersteuer ruiniert. Dann kommen Tabak und Branntwein ganz gewaltig an die Reihe; die Liebesgabe soll allmählich beseitigt werden; den Monopolgedanken hat man fallen lassen. Dagegen kehrt die Quittungssteuer in veränderter Form wieder. Die Reform der Fahrkartensteuer bringt eine Ermäßigung für die erste und zweite Klasse und eine Heranziehung der vierten Klasse. Neu ist die Biersteuer, der Clou der Reform, die auf Wunsch von Konservativen Seite Aufnahme fand; sie soll ganz ungeheure Summen abwerfen und mit einhalb Prozent pro Wille beginnen. Trotz aller Ablehnungen halten wir dieses fest. Gewiß können bis zur Publikation der Entwürfe noch Aenderungen eintreten; aber wir sprechen auch nur vom jetzigen Stand des Reformprogramms.

Diese Mitteilungen ergänzt der Hamburgische Korrespondent, daß außerdem noch eine Elektrizitätsabgabe beabsichtigt ist. Sie soll zwar außerordentlich niedrig bemessen werden, dürfte aber bei dem wachsenden Bedarf an Elektrizität voraussichtlich einen ansehnlichen Ertrag liefern. Der Staatssekretär erwartet von der Gesamtheit seiner Steuerentwürfe die Summe von 450 Millionen. Neben dem Spiritusmonopol und der Elektrizitätsabgabe will er eine Zigarrenbändersteuer einführen und die Reichserbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten ausdehnen. Der Ertrag dieser Steuer wird auf 100 Millionen geschätzt, während man sich vom Spiritusmonopol etwa 150 Millionen und von der Zigarrensteuer 60 Millionen verspricht.

An diese letztere Mitteilung, daß eine Zigarrenbändersteuer gefordert werde, möchten wir ohne weiteres noch nicht glauben, weil eine ganze Reihe von Abgeordneten der Blockmehrheit sich ihren Wählern gegenüber verpflichtet haben, gegen eine Bändersteuer auf Zigarren zu stimmen. Den freisinnigen Abgeordneten, die dies täten, würde es also ungemein schwer gemacht, für eine höhere Besteuerung des Tabaks zu stimmen. Deshalb sprachen wir schon früher die Vermutung aus, die Regierung werde aus diesen Gründen eine andre Form der Söherbesteuerung des Tabaks vorschlagen. Daß der Tabak mehr belastet werden soll, stand also für uns schon längst fest, und wir werden ja sehen, wie die Regierung ihn auspressen will.

60 Millionen Mehrbesteuerung bedeutet den Ruin des nicht kapitalkräftigen Teils der Tabakindustrie, außerdem würde die Einschränkung des Konsums, die der Verteuerung der Tabakfabrikate folgen müßte, einen weiteren Teil der Industrie vernichten. Vor allem müßten die Arbeiter leiden, von denen Zehntausende existenzlos würden.

Es liegt ein barbarischer Zug in den ewigen Quälereien der Tabakindustrie, der in seinem letzten Ziele auf die Vernichtung der Privatindustrie hinausläuft und das Staatsmonopol erstrebt, einerlei, ob dieser Weg über Tausende von Arbeiterleichen führt. Das ist die Fürsorge vom „Vater Staat“ für seine Arbeiter!

Auch in bürgerlichen Kreisen beginnt man immer mehr einzusehen, daß das Ziel der Regierung dem Tabakmonopol zuführt. Wir drücken zur Bestätigung dessen hier ab, was das Berliner Tageblatt darüber, sowie über die Sydowschen Entwürfe unterm 12. Juni schrieb:

Man wird zugeben müssen, daß Sydows Aufgabe nicht ganz leicht war. Das Reich braucht 400 Millionen neue Steuern; dieses Beispiel sollte er lösen. Er hat es sich erstaunlich leicht gemacht. Bier, Branntwein, Tabak, dazu die Beseidelung der Matrikularbeiträge und die Erweiterung der Erbschaftsteuer; das ist alles. Wer bei den Sydowschen Entwürfen finanzpolitisch zineffen sucht, der kommt nicht auf seine Rechnung.

Nur hinter eine Behauptung Sydows machen wir ein Fragezeichen, daß nämlich an kein Monopol gedacht wird. Herr Sydow mag nicht daran denken; aber daß man auch im Bundesrat nicht daran denken sollte, das erscheint uns als etwas fraglich. Es ist wirklich nicht ganz leicht, 400 Millionen ohne Monopol zusammenzubringen. Mit Kleinigkeiten darf sich nicht abgeben, wer diese Summe aus dem deutschen Volke herausziehen will.

Allerdings sollen es nicht Bier, Branntwein und Tabak allein tun. Die Matrikularbeiträge sollen „beredelt“ werden, was die Bedeutung hätte, daß die leistungsfähigeren Bundesstaaten mehr an das Reich abzuführen hätten als die weniger leistungsfähigen Staaten. Aber man darf in dieser Beziehung nicht zu viel erwarten. Heute zahlen die Bundesstaaten auf den Kopf 40 Pfg., insgesamt also etwa 24 Millionen an das Reich. Wenn man es bei dieser Quote überall dort beläßt, wo die finanzielle Leistungsfähigkeit gering ist, und die Quote in den leistungsfähigeren Einzelstaaten auf eine Mark steigert — man erhielte dann eine Art von progressiver Einkommensteuer der Bundesstaaten an das Reich — so käme man höchstens auf 50 Millionen, also nur auf etwa 25 Millionen mehr als bisher. Man müßte schon eine Progression von 60 Pfg. bis 2 Mk. einzutreten lassen, um den Ertrag der Matrikularbeiträge um 50 Millionen zu erhöhen. Daß der Bundesrat sich diese Rute binden sollte, ist äußerst zweifelhaft, und selbst dann blieben noch 350 Millionen übrig, die auf andre Weise gedeckt werden müßten.

Dabei käme freilich zunächst die Erweiterung der Erbschaftsteuer in Betracht. Sie scheint in einer doppelten Richtung gedacht zu sein; einmal nämlich in einer Beschränkung des Erbrechts zugunsten des Reichs, und dann in einer Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten. Hier steht bereits die Feder. Wenn irgend etwas feststeht, dann ist es die Tatsache, daß die Konservativen aus sehr egoistischen Gründen die Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten nicht wollen und voraussichtlich eine Vorlage zu Fall bringen würden, die auf diesem Wege die Reichskasse füllen will. Freilich, man rechnet, er wird diese Erweiterung der Erbschaftsteuer als völlig unsicheren Faktor aus dem Spiel lassen.

Es bliebe dann nur die Beschränkung des Intestatrechts übrig. Das ist ein Gedanke, der im letzten Jahre mit großer Bungenkraft empfohlen worden ist, und dessen Fruchtbarkeit nicht bezweifelt werden soll. Nur muß man sich hüten, ihm eine zu große Tragweite zu geben. Davon, daß künftig Erbschaften in Höhe von einer halben Milliarde an das Reich fallen könnten, ist natürlich nicht im mindesten die Rede. Die meisten „Erbontel“ und „Erbantken“ werden eben in Zukunft ein Testament machen. Wir rechnen vermutlich schon sehr reichlich, wenn wir das Ergebnis aus der Erhöhung der Reichseinnahmen aus den Erbschaften insgesamt auf 50 Millionen schätzen.

50 Millionen aus den beredelten Matrikularbeiträgen, 50 Millionen aus Erbschaften, das macht erst hundert Millionen aus. Da 400 Millionen beschafft werden sollen, so blieben immer noch 300 Millionen übrig, die sich auf Bier, Tabak und Branntwein verteilen müßten. Rechnen wir für jedes dieser drei Genussmittel den dritten Teil, so hätten sie je 100 Millionen — wohl gemerkt über die heutigen Konsumsteuern hinaus — in die Reichskasse abzuführen.

Am ersten ginge das noch beim Branntwein, dessen Besteuerung heute mehr in die Taschen der Großgrundbesitzer als des Reichs fließt. Wenn man die Liebesgabe beseitigt, die Brennsteuer vereinheitlicht und erhöht, dann ließen sich vielleicht 100 Millionen aus dem Spiritus heraus schlagen. Nur darf man doch auch beim Spiritus nicht die Henne schlachten, die die goldenen Eier legt. Man muß vorsichtig erwägen, was die Landwirtschaft tragen kann, ohne ruiniert zu werden.

Das gleiche gilt aber erst recht von Bier und Tabak. Es ist unmöglich, aus ihnen auch nur 100 Millionen herauszuholen, ohne der Bierbrauerei und der Tabakindustrie den Todesstoß zu verlegen. Mit der Anziehung der Steuergrabe bis zur Bewußtlosigkeit geht es nicht. Wir trauen es auch Herrn Sydow nicht zu, daß er es ernstlich versuchen wollte. Die Konsequenz seiner Entwürfe, wenn sie überhaupt ernstlich gemeint sind, ist das Monopol. Wer sich nicht überlassen lassen will, der richte sich für den Herbst auf das Branntweinmonopol und das Tabakmonopol ein.

Es wird also jetzt auch schon bürgerlichen Kreisen bange vor der zur Empörung treibenden unausgeglichenen Belastung der arbeitenden Klassen. Rücksichtsloser kann in einem absolutistischen Staat die Auspothierung der werktätigen Klassen nicht betrieben werden, wie sie im konstitutionellen Deutschland unter Zustimmung einer Parlamentärmeihtheit sich vollzieht. Sollte sich die Blockmehrheit des jetzigen Reichstags zu dem neuen Steuerattentat auf die Taschen des arbeitenden Volks bereit finden lassen, dann ist ihr Schicksal bei den nächsten Wahlen besiegelt.

Für die Tabakindustrie, hauptsächlich für ihre Arbeiter, beginnt jetzt wieder eine Zeit des Kampfes um ihre Existenz. Alle Gebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um das Unglück von der Tabakindustrie abzuwenden. Auch das Organ der Unternehmer, die Süddeutsche Tabakzeitung, ruft bereits zum Kampfe auf, es gelte jetzt, den Kampf gegen das aufgefischte Projekt aufzunehmen. Nun also vorwärts!

# Belgische Gewerkschaftskongresse.

In Belgien haben während der Pfingstfeiertage eine Reihe Gewerkschaftskongresse stattgefunden, die diesmal für die deutschen Gewerkschafter ein besonderes Interesse beanspruchen können, schon allein deswegen, weil überall das Bestreben sich bemerkbar machte, den deutschen Organisationsmethoden zu folgen. Mit andern Worten: Die belgischen Gewerkschafter, die bis vor kurzem, ähnlich wie die Franzosen, nur kleine lokale Syndikate besaßen, kommen immer mehr zu der Ueberzeugung, daß eine Zusammenfassung der Kräfte in Zentralverbände eine Notwendigkeit ist. Ähnlich wie in Deutschland Anfang der 90er Jahre, so finden wir gegenwärtig und schon seit längerer Zeit innerhalb der belgischen Gewerkschaften heftige Diskussionen über die Organisationsform und die Beitragshöhe. Und Argumente, die dort für geringe Beiträge noch teilweise angeführt werden, sind dieselben, wie wir sie auch früher bei uns gehört haben. Mehr und mehr aber bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß die moderne Entwicklung der Industrie große, starke Nationalverbände mit gefüllten Kassen erfordert.

Zu Pfingsten tagten u. a. folgende Berufe: die Bauarbeiter, Holzarbeiter, Buchbinder, Metallarbeiter, Lithographen, Zigarrenarbeiter, Steinarbeiter und Buchdrucker. Bei allen diesen Kongressen handelte es sich um die oben besprochenen Organisationsfragen. Von den Führern der betreffenden Gewerkschaften und besonders auch von dem Genossen Bergmans, dem Vorsitzenden der belgischen Gewerkschaftskommission, wurde stets auf die in dieser Beziehung mustergültigen deutschen Einrichtungen hingewiesen. Die Bauarbeiter (Maurer usw.) tagten in Gwy. Nach unsern Begriffen ist auch diese Federation (lose Verbindung der lokalen selbständigen Vereine) noch immer klein, immerhin schon eine der größeren in Belgien. Aus dem Bericht der Zeitung entnehmen wir, daß die Federation im Jahre 1906 mit 7 Gruppen und 1450 Mitgliedern gegründet wurde. 1907 waren es 3779 und jetzt sind 14 Gruppen mit 5068 zahlenden Mitgliedern vorhanden. Zu organisieren sind aber in Belgien noch mindestens 100 000 dieses Berufs. Die Zentralisation wurde nach einer ausführlichen Diskussion mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen. Der Sitz des Zentralvorstands kommt nach Brüssel. Für die allgemeinen Verwaltungskosten werden 25 Cent, für die Widerstandskasse 35 Cent pro Mitglied und Monat an die Zentralkasse abgeführt. Die Einführung einer Krankenunterstützung wurde im Prinzip ebenfalls beschlossen, das weitere dem Vorstande übertragen. Ferner wurde die Anstellung eines beamteten Sekretärs beschlossen; derselbe muß die beiden Landesprovinzen (französisch und flämisch) beherrschen. Das Eintrittsgeld wurde auf einen Frank festgesetzt. Hier mußte man aber die Konzession machen, daß die einzelnen Ortsgruppen im Einverständnis mit der Zentralkasse auch höhere Eintrittsgelder beschließen dürfen. In der Diskussion wurde nämlich u. a. mitgeteilt, daß in einzelnen Orten bisher Eintrittsgelder von 10 und sogar 20 Frank erhoben worden waren. Das Fachorgan erscheint jetzt in einer Auflage von 6650.

Die Holzarbeiter erhöhten ihre Beiträge, gründeten eine Widerstandskasse und stellten ebenfalls einen permanenten Sekretär an.

Die Metallarbeiter, welche die Zentralisation schon vor einigen Jahren durchgeführt haben, konnten diesmal mit der Anstellung einiger Gauleiter vorgehen. Die vom Vorstand vorgeschlagene Erhöhung der Beiträge zur Streikkasse hingegen wurde mit Majorität abgelehnt. Aber die Delegierten waren allesamt von der Notwendigkeit höherer Beiträge überzeugt, hielten nur die gegenwärtige Zeit hierfür nicht geeignet. Der Metallarbeiterverband umfaßt jetzt 120 Ortsgruppen mit 16 000 zahlenden Mitgliedern. Die Buchbinder verhandelten über Arbeitszeit und Lohnverhältnisse; ferner aber auch über die Gründung einer Streikkasse, die auch im Prinzip beschlossen wurde. Ferner beschloß der Kongreß sich dem Internationalen Sekretariat anzuschließen. Vertreten waren 12 Gruppen mit 1150 Mitgliedern durch 30 Delegierte.

Die Zigarrenarbeiter beschlossen die Zentralisation nach dem Muster ihres deutschen Bruderverbands, während die beiden andern Kongresse die vorbereitenden Schritte hierzu beschlossen.

Im ganzen kann man mit der Entwicklung, welche die belgischen Gewerkschaften nehmen, sehr wohl zufrieden sein; die Zentralisation der Kräfte, die Anstellung von bezahlten und verantwortlichen Beamten, die Erhöhung der Beiträge — all das wird sicherlich dazu beitragen, die zurzeit noch sehr schwachen Organisationen in viel schnellerem Tempo vorwärts zu bringen.

## Die Verteilung der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland.

Ein eigenartiges Buch hat soeben Dr. Paul Hirschfeld der Öffentlichkeit übergeben. (Verlag Fischer-Jena.) Es ist eine bedeutende Erweiterung der von demselben Verfasser vor zwei Jahren herausgegebenen Deutschen Gewerkschaftsstatistik, bearbeitet nach sachlichen und geographischen Gesichtspunkten. Diesmal hat sich Hirschfeld die freien Gewerkschaften in Deutschland, ihre Verbreitung und Entwicklung 1896—1906 zum Vorwurf genommen und seine Arbeit mit einem erstaunlichen Fleiß durchgeführt. Wir lernen aus dem Werke die Stärke und Entwicklung der der Generalkommission der freien Gewerkschaften angehängten Organisationen von 1896—1906 kennen, nach Berufs- und Industriegruppen geordnet, die Gesamtzahlen zergliedert hinsichtlich der Bundesstaaten, Provinzen und unteren Verwaltungsbezirken, in denen die Mitglieder domilzierten zur Zeit der Zählung. Der Verfasser hat das Urmaterial den Verwaltungsberichten der Gewerkschaften, den Gewerkschaften und besonderen Angaben der Gewerkschaftsvorstände entnommen. Geboten wird ein ungemein reiches statistisches Material, das an Hand der nachgewiesenen Verbreitung der Arbeiterorganisationen dem Sozialpolitiker auch interessante Einblicke in die industrielle und politische Entwicklung der einzelnen deutschen Landesteile gewährt. Erfahrungsgemäß kann man in der Regel von dem Grade der Gewerkschaftsentwicklung schließen auf die gewerbliche Regsamkeit in dem betr. Distrikt, ferner wirkt auch die mehr oder minder lebhaft politische Arbeiterbewegung mit ein auf die Gewerkschaftsentwicklung.

So zählte Hirschfeld für 1906 von je 100 Mitgliedern der freien Gewerkschaften (60 Verbände) 55,5 in Preußen, 14,0 in Sachsen, 8,8 in Bayern, 4,7 in Hamburg, 3,2 in den thüringi-

schen Staaten, nur 0,1 in Mecklenburg-Strelitz. Das würde annähernd dem Gewerbestande in diesen Bundesstaaten entsprechen. Daß nur 0,1 Prozent im Regierungsbezirk Gumbinnen, aber 14,7 Prozent in Berlin wohnten, erklärt sich leicht aus dem weit überwiegenen agrarischen Charakter des genannten Regierungsbezirks und der in Berlin ausnehmend lebhaften Arbeiterbewegung. Wenn in einem so hochindustriellen Bezirk wie Trier (mit dem Saargebiet) nur 0,2 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder wohnen, in dem gleichfalls hochindustriellen Regierungsbezirk Oppereln auch nur 0,6 Prozent, dann beweist dies eine besonders große wirtschaftspolitische Indolenz der Arbeitermassen in jenen Distrikten. In beiden Landesteilen schwingen Großindustrielle die Scharfmacherfuchtel.

Nach größeren geographischen Bezirken geordnet verteilen sich die Gewerkschaftsmitglieder (für 1903 sind 44, für 1906 sind 60 Gewerkschaften gezählt) prozentual folgendermaßen:

	1903	1906
Süddeutschland . . . . .	12,4	14,5
Mitteldeutschland . . . . .	15,5	17,2
Ostdeutschland . . . . .	7,5	7,6
Mittelnorddeutschland . . . . .	27,3	26,3
Hansestädte . . . . .	9,2	7,0
Uebriges Nordwestdeutschland . . . . .	9,6	7,7
Westdeutschland . . . . .	17,6	18,8

Absolute Zahl insgesamt: 766 416 1 146 529

In Mittel-, West- und Süddeutschland gewannen die freien Gewerkschaften seit 1903 die relativ meisten Mitglieder. Dem Stande der Industrien entsprechend mußte allerdings Westdeutschland an gewerkschaftlicher Mitgliederzahl weit über alle andern Bezirke hinausragen. Wenn nun, wie das Hirschfeld in dem Vorgänger des besprochenen Buches getan hat, den freien Gewerkschaften die Hirsch-Dunkerianer und Christlichen an die Seite stellt, dann verschiebt sich das Bild zugunsten Westdeutschlands, weil hier von den 250 000 christlichen Gewerkschaftsmitgliedern 60 bis 70 Prozent domilzieren.

Nachstehend geben wir die absoluten Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften, gruppiert nach Bundesstaatsgebieten:

	1896	1900	1906
Preußen . . . . .	111 392	288 874	808 507
Bayern . . . . .	22 198	49 016	128 062
Sachsen . . . . .	29 706	71 350	201 808
Württemberg . . . . .	7 291	17 123	34 851
Hessen . . . . .	3 810	15 817	30 147
Mecklenburg-Schwerin . . . . .	3 091	4 110	9 854
Sachsen-Weimar . . . . .	1 520	3 932	8 409
Mecklenburg-Strelitz . . . . .	261	712	1 777
Oldenburg . . . . .	1 198	2 144	5 867
Braunschweig . . . . .	2 399	5 568	12 981
Sachsen-Meiningen . . . . .	789	1 867	4 109
Sachsen-Altenburg . . . . .	3 572	5 488	11 803
Sachsen-Coburg-Gotha . . . . .	850	3 292	8 857
Anhalt . . . . .	935	4 588	7 551
Schwarzburg-Sondershausen . . . . .	502	1 147	1 164
Schwarzburg-Rudolstadt . . . . .	742	1 885	1 829
Waldeck . . . . .	—	—	131
Reuß ältere Linie . . . . .	1 229	1 530	4 576
Reuß jüngere Linie . . . . .	1 440	3 005	10 077
Schaumburg-Lippe . . . . .	14	196	962
Lippe-Deimold . . . . .	256	360	735
Lübeck . . . . .	1 898	5 184	7 780
Bremen . . . . .	4 764	10 175	25 752
Hamburg . . . . .	11 799	35 117	68 146
Elbsaß-Lothringen . . . . .	1 022	2 190	10 836
Einzelmitglieder im Reich . . . . .	3 755	5 214	12 853
Einzelmitglieder im Ausland . . . . .	111	192	1 014

Überall ist demnach die Gewerkschaftsbewegung fortgeschritten, in einigen Landesteilen sogar in überraschend starker Weise. In Berlin ist die Mitgliederzahl geradezu phänomenal gewachsen; es wurden dort 1896 21 716, 1906 dagegen 211 921 Gewerkschaftsmitglieder gezählt. In Breslau stieg in derselben Zeit die Mitgliederziffer von 3026 auf 23 410.

In Königsberg von 818 auf 6702	In Magdeburg v. 2121 auf 20 275
" Halle . . . . . 1219 9445	" Kiel . . . . . 2150 10850
" Hannover . . . . . 4476 24351	" Viefelsfeld . . . . . 1392 11235
" Dortmund . . . . . 894 6691	" Frankfurt a. M. . . . . 2902 25898
" Essen . . . . . 718 8524	" Elberfeld . . . . . 1205 5530
" Köln . . . . . 1272 15368	" München . . . . . 5523 36720
" Nürnberg . . . . . 6468 26691	" Dresden . . . . . 5728 51890
" Leipzig . . . . . 6541 48135	" Stuttgart . . . . . 3703 18853
" Mannheim . . . . . 1607 14630	" Offenbach . . . . . 1645 9783
" Mainz . . . . . 1084 8958	" Straßburg . . . . . 607 5085

Ohne Uebertreibung kann man von einem „Jahrzehnt der Gewerkschaften“ reden, wenn man damit sagen will, daß das bedeutendste sozialpolitische Ereignis in Deutschland während der in Betracht kommenden Periode die außerordentliche Erstarkung der wirtschaftspolitischen Arbeiterorganisationen ist. Das Buch von Hirschfeld zeigt ziffernmäßig, wie in den letzten Jahren die freien Gewerkschaften selbst in solche Bezirke eingebrungen sind, die weitab von den Herdorten liegend, bis vor kurzem noch unberührte Dorados kapitalistischer Arbeiterausbeutung waren. Auch in fast ausschließlich agrarischen Landesteilen stehen gewerkschaftliche Vorposten; es ist anzunehmen, daß sich dort auch industrielle Ansätze gebildet haben, wie denn überhaupt mittlerweile sich die Grenzlinien zwischen Landwirtschaft und Industrie vielfach verwischt haben infolge der gewerblichen Dufte (Zuckerfabriken, Brennereien usw.). Es ist interessant, zu Anlagen zwecks Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte zu verfolgen, wie sich auch in den ostelbischen Latifundiengebieten die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, wenn auch langsam, vermehrt. Ganz „gewerkschaftsrein“ sind nur noch wenige Regierungsbezirke. Wo 1896 noch kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zu finden war, da zählte Hirschfeld 1906 schon hundert, z. B. in den Kreisen Marienwerder, Rosenberg, Ronitz, Dels und Samter. Vorzugsweise sind die Bauarbeiter als Gewerkschaftspioniere in den vorwiegend agrarischen Landesteilen tätig. Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern überhaupt waren Bauarbeiter in den Provinzen Ostpreußen 27,9 Prozent, Posen 49,1 Prozent, Westpreußen 57,6 Prozent, in Mecklenburg-Schwerin 51,3 Prozent, Mecklenburg-Strelitz 59,4 Prozent, Waldeck 68,8 Prozent. Die zweitstärkste organisierte Berufsgruppe ist die der Holzarbeiter.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands haben 1907, obgleich die eingetretene Geschäftslage auf manche Berufsorganisationen ungünstig einwirkte, doch noch circa 130 000 Mitglieder neugewonnen. Daraus wird das von Hirschfeld gebotene Bild der Gewerkschaftsentwicklung noch um einige Striche günstiger für die Arbeiterverbände.

Wer sich zuverlässig und detailliert über die deutschen Gewerkschaften orientieren will, kann an dem hervorragenden Werke des Herrn Paul Hirschfeld nicht vorübergehen.

### Berichtigung.

Die Tabak-Berufsgenossenschaft ersucht uns um Aufnahme folgender Berichtigung gegen die in dem Leitartikel der Nr. 23 des Tabak-Arbeiter angegebenen Jahresdurchschnittslöhne von 572,20 Mark im Jahre 1886:

Tatsächlich betrug bei einer anrechnungsfähigen Lohnsumme von 51 194 684 Mark und einer Anzahl von 124 188 obligatorisch und 301 fakultativ versicherten Personen im Jahre 1886 der Jahresdurchschnittslohn der bei der Tabak-Berufsgenossenschaft Versicherten 411 Mark. Dieser Jahres-

durchschnittslohn betrug im Jahre 1906 auf 576 Mark, d. h. im Vergleich zu 1886 um 40 Prozent gestiegen.

Dazu bemerkt unser B.-Mitarbeiter:

„Die Tabak-Berufsgenossenschaft hält es für nötig, unsere Angaben zu bestreiten, die feststellen, daß der Jahresdurchschnittslohn des Tabakarbeiters von 572,20 Mark im Jahre 1886 auf 576 Mark im Jahre 1906 gestiegen ist. Die Berechnung der Tabak-Berufsgenossenschaft nennt für 1886 eine durchschnittliche Lohnsumme von 411 Mark. Unsere Zahlen sind den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes entnommen. Die amtliche Denkschrift von 1888 nennt dort auf Seite 96 und 97 in Spalte 14 89 467 versicherte Personen und 51 194 684 Mark in Anrechnung zu bringende Lohnbeträge für das Jahr 1886, das ergibt pro Versicherten, wie wir angegeben haben, einen Jahresdurchschnittslohn von 572,20 Mark im Jahre 1886 gegen 574,75 Mark im Jahre 1906. Es bleibt dabei, daß auf Grund der amtlichen Zahlen der Nachweis geliefert ist, daß die Lage der Tabakarbeiter eine unglaublich traurige geblieben ist.“

## Rundschau.

Die wirtschaftliche Krise äußert sich unter anderm in den Rückzahlungen bei den Sparkassen. Bei der Berliner Sparkasse, der bestfundierten und größten Deutschlands, ist seit Monaten ein Rückgang in den Einzahlungen und ein Anwachsen der Rückzahlungen beobachtet worden. Im ersten Quartal d. J. wurden nur 15¼ Millionen Mark eingezahlt, dagegen gleichzeitig 19½ Millionen Mark abgehoben. Die Sparkasse mußte danach rund 3¼ Millionen Mark mehr zurückzahlen. Dadurch ermäßigten sich die Forderungen der Interessenten auf 327¼ Millionen Mark am 1. April d. J. Das Guthaben der Sparkassenbuchinhaber hat sich im Jahre 1907 um rund 13 Millionen Mark verringert.

Die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes. Am 11. und 12. Juni wurde im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg eine Beratung von Sachverständigen aus den Kreisen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen, der Rassenverwaltungen und der größeren ärztlichen Gruppen abgehalten, in welcher eingehend über einige wichtige Reformen für die bevorstehende Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes diskutiert wurde. Die Botschaftliche Zeitung teilt mit, daß nach den gepflogenen Verhandlungen eine Aussicht auf gezielte Einführung der freien Arztwahl in den Krankenkassen nicht vorhanden ist. Andererseits wird die kommende Gesetzgebung sicherlich das Vertragsverhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen zum Nutzen der Ärzte und ohne materielle Schädigung der Krankenkassen sichern durch Einführung obligatorischer Schiedsgerichte und Einigungscommissionen. Nach negativer Richtung hin ist bemerkenswert, daß weder die Ausdehnung der Versicherung über 2000 Mk. hinaus noch die Zentralisation der Ortskrankenkassen besprochen wurde. Die feinerzeit von dem Krankenkassentag gestellte Forderung, einen eventuellen Kurierzwang der Rassenärzte einzuführen, fand die Mißbilligung aller Ärzte. Womit natürlich nicht bewiesen, daß die Einrichtung nicht im Interesse der Kranken liegt, worauf es denn doch wohl in erster Linie ankommt.

Eine Arbeitsnachweis-Konferenz wird für den 27. Juni von der Hauptstelle der deutschen Unternehmerverbände nach Berlin einberufen. Die Tagesordnung umfaßt u. a.: Die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter in der Industrie. „Berichterstatler Herr Regierungsrat Dr. Bodenstein-Essen.“ Die Stellung der Arbeiterorganisationen zu den Arbeitsnachweisen. „Berichterstatler Herr Reichs-Chemnitz.“ Der Arbeitsnachweis im Buchdruckgewerbe. „Berichterstatler Herr Generalsekretär Dr. Wagener-Berlin.“ Die Forderung auf Schadenersatz bei Arbeitsstreitigkeiten. „Berichterstatler Herr Syndikus Dr. Taenzler-Berlin.“ Die Unternehmer erstreben danach, den Arbeitsnachweis vollständig in ihre Hände zu bekommen, zu dem Zweck, durch den Arbeitsnachweis die Aussperrung der durch schwarze Listen Verfeimten wirksamer durchzuführen. Die Arbeitsvermittlung soll mehr eine Arbeitsverhinderungsstelle werden.

Das Vereinsgesetz in Hessen. In der Zweiten Kammer führte bei der Beratung von Anträgen, betreffend ein Ausführungsgesetz zum Reichsvereinsgesetz, Minister des Innern Braun aus, daß, soweit möglich, Rücksicht auf die bestehenden Zustände genommen sei. Das Bestreben sei dahin gegangen, mögliche Gleichmäßigkeit der Bestimmungen in ganz Süddeutschland zu schaffen, diese Gleichmäßigkeit sei erreicht. Eine Mitarbeit des Parlaments bei den Ausführungsbestimmungen sei nicht angängig, weil diese schon am 15. Mai in Kraft treten sollten. Weiter bemerkte der Minister, daß der Sprachenparagraf für Hessen praktisch gar keine Bedeutung habe. Daß die Anzeigepflicht in Hessen gegenüber andern Staaten erschwert sei, könne niemand ernstlich behaupten. Im großen und ganzen komme es auch bei den Ausführungsbestimmungen ganz auf die Handhabung an. Man könne getrost das Zutrauen in die Regierung und die Behörden setzen, daß sie bestrebt sein werden, die politischen Rechte der Bevölkerung in feiner Weise zu beeinträchtigen.

Der Reichsfliegenverband gegen die Gewerkschaften. Der Vormwärts veröffentlicht ein Flugblatt, das von dem Reichsverbandsgeneral an die deutschen Glasindustriellen gerichtet ist mit dem Vermerk „Zur Geheimhaltung“. Dort heißt es: „Seit einiger Zeit sind wir bemüht, in der Glasindustrie (im Organ der Unternehmer der Glasindustrie, D. Red.) durch geeignete Schriftsätze unbedingten Forderungen der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Glasarbeiter entgegenzutreten bezw. Entstellungen zu widerlegen. Ein Bestreben, das schon teilweise in den beteiligten Kreisen anerkannt wird. Aber nicht nur eine Interessenvertretung verfolgen wir, sondern auch eine Aufklärung für die parlamentarischen Vertreter und die gesetzgebenden Körperschaften usw. Bisher waren diese zur Beurteilung der Lage in unserer Branche durch die Darstellungen der Gewerkschaften informiert. Naturgemäß kam dabei eine einseitige Beurteilung zustande; denn die Stimmen der Arbeitgeber fehlten fast gänzlich. Um aber unseren Zweck ganz zu erfüllen, bedarf es der regen Mitarbeit aller Betriebe der Glasbranche, und bitten wir auch Sie darum. Dies könnte am besten dadurch geschehen, daß aus den Betrieben Anmahungen von Seiten der organisierten Arbeiter, Fälle von krassem Terro-

rismus, gestellte Forderungen beziehungsweise Begründung über deren Nichtberechtigung, sowie auch handelspolitische Mitteilungen sofort mitgeteilt werden, unter Schilderung einiger Einzelheiten, damit wir sofort jeglichen Verunglimpfungen und Entstellungen entgegenzutreten können. Schnellste Information also ist es, um die wir bitten. Sie dienen dadurch nicht nur sich selbst, sondern auch der Allgemeinheit. Wir erbitten Bescheid, ob Sie geneigt sind, uns in dieser Form zu unterstützen und wenn wir Ihnen dann eine Anzahl unserer Auskunftsbogen zugehen lassen." Nun verlegt sich der Reichslügenverband, der bei anständigen Menschen immer mehr abwirft, auch auf die niederträchtige Bekämpfung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, nachdem er das politische Leben schon tüchtig vergiftet hat.

**Keine Fusion** tritt zwischen dem antisemitischen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande und dem nationalliberalen Verband deutscher Handlungsgehilfen ein. Die Generalversammlung des letztgenannten Verbands hat vor kurzem, wie wir berichtet hatten, die Fusion abgelehnt, aber dem Vorstand Vollmacht gegeben, mit dem Deutschnationalen Verbande über ein gemeinsames sozialpolitisches Aktionsprogramm zu verhandeln, wobei aber Bedingung war, daß dies auch für die Handlungsgehilfen zu gelten habe, die der antisemitische Verband bekanntlich nicht als Berufsangehörige anerkennen will. Die antisemitischen Handlungsgehilfen müssen sich nun mit einer platonischen Liebe zu den Geldjägern des Nationalliberalen begnügen. In der letzten Sitzung des Ahtzehnerausschusses — so melden bürgerliche Blätter — sei eine Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen auf sozialpolitischem Gebiete erzielt worden, dagegen war eine Einigung in der Frage der weiblichen Angestellten nicht zu erreichen.

**Maifeier und Hamburger Gewerkschaftskongress.** Mit dieser Frage beschäftigten sich die vereinigten Gewerkschaften Nürnbergs. Nach erschöpfender Diskussion wurde beschlossen, dem Bureau des Hamburger Gewerkschaftskongresses folgende Resolution zu übermitteln: „Die Delegierten der Gewerkschaften Nürnbergs haben sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß die Maifeier in der von der Generalkommission mit dem Parteivorstand vereinbarten Form unmöglich, durchgeführt werden kann. Die einzelnen Orte können nicht das Risiko tragen, das ihnen durch diese Beschlüsse auferlegt wird. Praktisch bedeutet dieser Beschluß die Beseitigung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die versammelten Delegierten der Nürnberger Gewerkschaften verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche die Maifeier schon bisher den Gewerkschaften und der Partei verursacht hat. Die Gewerkschaftsvertreter fordern deshalb zum mindesten eine klare Stellungnahme vom Gewerkschaftskongress in Hamburg und eine einheitliche Rundgebung entweder für oder gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai, mit der Maßgabe, daß, im Falle Arbeitsruhe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Kongresse begutachtet werden sollte, das Risiko die Zentralverbände zu tragen haben, d. h. die Kosten aus den Hauptkassen zu decken sind. Die Generalkommission ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die der Partei durch die Maifeier erwachsenden Kosten ebenfalls von der Zentralkasse getragen werden.“

**Ist das kein Terrorismus?** In die Hände unserer Laufsticker Genossen ist folgendes Zirkular gefallen:

**F o r s t** (Laufsticker), Datum des Poststempels.  
Sehr geehrter Herr!  
Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Weise die Sozialdemokratie kämpft. Vorfatterklärungen, Maßregelung bürgerlich gesinnter Arbeiter und Handwerker sind an der Tagesordnung.  
Druck erzeugt Gegendruck!  
Wir erlauben uns heute, Ihnen einliegend zu übersenden:  
1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben;  
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werkführer und Meister, die rot gewählt haben;  
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben;  
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.  
Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gesinnten Arbeiter bringen Ihrer Fürsorge.  
Treue um Treue!  
Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 3. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.

**S o c h a c h t u n g s b o l l**  
Der Wahlausschuss der vereinigten bürgerlichen Parteien.  
Die bürgerliche Presse wird nichtsdestoweniger auch künftig über — sozialdemokratischen Terrorismus lamentieren.

**Die armen geplagten Unternehmer.** Wer das Gemjammer über die armen, geplagten Unternehmer in jeder Nummer der Unternehmerzeitung liest, muß schließlich zu der Anschauung kommen, als ob die Arbeiter in den Betrieben die Herren, die Gebieter, die Unternehmer aber die Gefnechteten und Ausgebeuteten seien. Die systematische Hetzerei der Scharfmacher und ihrer Blätter hat bei den Unternehmern schließlich eine Stimmung gegen die Arbeiter erzeugt, die sich in einen förmlichen Verfolgungskampf gegen die Gewerkschaften auslöst. Das zeigt sich besonders in den organisatorischen Rundgebungen der Unternehmer, wie eine solche z. B. jetzt vom Innungsverband deutscher Baugewerksmeister an die Bauarbeiter gerichtet worden ist; darin heißt es:

Die fortgesetzten Eingriffe in das Bestimmungsrecht des „Arbeitgebers“, die als Zweck an sich betriebene Herbeiführung erbitterter wirtschaftlicher Kämpfe, der sich immer annähernder gebärdende Streikterrorismus, die ohne jede Rücksicht auf den Arbeitsmarkt erfolgenden Lohnkürzungen, die hinsichtlich der Arbeitsleistung immer lebhafter hervortretende Propaganda der verderblichsten Ca-cannu-Politik, mit der sich die Forderung auf Abschaffung der Affordarbeit und auf Einführung der Mindestlöhne das Gleichgewicht hält, das sind so einige Beispiele für das Programm der sich in weiterer Entwicklung zum Radikalismus befindenden Gewerkschaften.

Diese Behauptung wagt der Innungsverband der Baugewerksmeister angesichts der Tatsache aufzustellen, daß die Zugeständnisse der Unternehmer bei den Tarifverhandlungen so gering waren, daß es die Gewerkschaftsleiter die größte Mühe gekostet hat, die Mitglieder zur Zustimmung der Zugeständnisse zu bewegen. Der In-

nungsverband der Baugewerksmeister hat mit der Behauptung von dem „sich immer mehr annähernden Streikterrorismus“ einfach die arbeiterfeindliche Phrase nachgebetet, um die noch fernstehenden Unternehmer unter seine Botmäßigkeit zu bringen.

**Beitritt der englischen Bergarbeiter zur Arbeiterpartei.** Die Abstimmung von einer halben Million Mitglieder des Bergarbeiterbunds, dessen parlamentarische Vertreter bisher nicht notwendig der Arbeiterpartei im Unterhause angehören mußten, hat am Sonntag eine große Majorität für den Beitritt zur Arbeiterpartei ergeben. Der Beschluß der Bergleute führt der Arbeiterpartei dreizehn neue Mitglieder zu. Die Durham Bergleute, die zwei Abgeordnete im Unterhause haben, sind noch unentschieden.

**Die irischen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei.** Während der Pfingsttage hielten die irischen Trade-Unions ihren 15. Jahreskongress in Belfast ab. Neben rein gewerkschaftlichen und irischen Angelegenheiten kam auch die Frage des Anschlusses an die britische Arbeiterpartei zur Sprache. Die Frage war nicht leicht zu entscheiden, da das irische Volk sich seit vielen Jahren ausschließlich mit nationalen Angelegenheiten beschäftigt und deshalb einer Klassenorganisation nicht geneigt ist. Hinzu kommt, daß die irische Fraktion oppositionell ist und in der Regel für sozialpolitische Vorlagen eintritt. Nach einer längeren Diskussion nahm indes der Kongress folgende Resolution an:

Wir sind der Ansicht, daß die irischen Trade-Unions sich unverzüglich der Arbeiterpartei anschließen sollen, um auch in Irland eine selbständige politische Arbeiterbewegung zu schaffen.

Die Resolution wurde gegen eine verschwindende Minderheit angenommen. Führen die Trade-Unions diese Resolution aus, so wird dies geradezu eine Revolution im Denken des irischen Proletariats bedeuten.

**An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands (Arbeiterbeisitzer).**

Die Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte findet in diesem Jahre in Jena im Saale des Volkshauses statt. Das Organ, Gewerbe- und Kaufmannsgericht, vom 1. März enthält die reichhaltige Tagesordnung, als deren wichtigster Beratungspunkt der Geleitzentwurf über Arbeitskammern eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen dürfte, so daß anstatt der auf früheren Verbandstagen üblichen zwei Tage, wie bereits angekündigt, nunmehr durch eine neuerliche Bekanntmachung im Gewerbe- und Kaufmannsgericht vom 1. Mai drei Tage vorgezogen sind, und demnach der Verbandstag den 27., 28. und 29. August tagen wird.

Dem früheren Gebrauche gemäß findet im Zusammenhang damit eine Konferenz der Arbeiterbeisitzer statt, die vor dem Verbandstag, und zwar den 25. und 26. August, stattfinden soll. Der Zentralausschuss hat hierzu vorläufig folgende Tagesordnung aufgestellt:

1. Bericht des Zentralausschusses.
2. Bericht des Ausschussmitgliedes des Verbandes.
3. Das Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht.
4. Die Verhältnismahlen.
5. Die Rechtspredigung an den Gewerbegerichten.
6. Stellungnahme zur Tagesordnung des Verbandstages.
7. Wahl des Wortes zum Zentralausschuss und Wahl eines Ausschussmitgliedes für den Verband.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer werden ersucht, hierzu Stellung zu nehmen und etwaige Beratungspunkte oder Anträge, die mit auf die Tagesordnung gestellt werden sollen, bis spätestens den 26. Juli an den Unterzeichneten schriftlich einzureichen. An allen Gewerbegerichten, bei denen bisher Delegationen auf Kosten der Gemeinde nicht erfolgten, sind diesbezügliche Anträge zu stellen bzw. zu wiederholen. Im Falle der Ablehnung des Besuches wird es notwendig sein, mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung zu treten um Bewilligung der Mittel, zum Besuche der Konferenz und der Verbandsversammlung. Wo die von den Gemeinden gewährten Mittel auch zur Teilnahme an der Konferenz nicht ausreichen, wird es sich nur um eine Beihilfe der Kartelle handeln.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie deren Adressen mit Angabe, ob die Besichtigung von der Gemeinde oder dem Kartell bzw. mit einer Beihilfe von letzterem erfolgt und womöglich, welche Mittel den Beisitzern von der einen oder anderen Seite bewilligt werden, sind an den Unterzeichneten zu melden.

Weitere in der Sache notwendige Bekanntmachungen werden später erfolgen.

Alle Partei-, Gewerkschafts- und arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

**Die Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.**  
Z. A.: Richard Holz, Dresden-N., Am See 33.

**Vereinstell.**  
**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

**Bekanntmachungen.**

Das Mitglied **Willy Kemgers** aus **Heunkirchen**, Buch S. I, 45337, augen. am 1. 10. 06, hat in **Burgdam** durch den Bevollmächtigten **Job. Folljes** eine Wanderkarte ausgestellt erhalten, mit der Berechtigung, in diesem Jahr für 19 Tage, à 1.— Mk., Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Derselbe hat auch kein Mitgliedsbuch mitgenommen und werden die Bevollmächtigten ersucht, das obige Buch zu konfiszieren und einzusenden.

Das Mitglied **Gust. Heine** aus **Burg** b. Magdeburg, S. I, 37506, Kl. IV, hat am 6. 6. 08 in **N. A. M.** eine dritte Wanderkarte erhalten, ohne nähere Eintragungen bezüglich des Anspruchs auf Unterstützung. Wir stellen hiermit fest, daß die Arbeitslosig-

keit bestanden mit dem 7. 6. 08 und die Unterstützung mit dem 10. 6. 08 beginnt für nur 27 Tage, à 1.20 Mk., im Unterstützungs-jahr. Die Bevollmächtigten wollen dies beachten und die Wanderkarte dahin ergänzen.

**Achtung!**  
Zweck einer Ermittlung ersuchen wir die Kollegen **Hermann Gottschalk** aus **Creptowa** und **Emil Wendi** aus **Neu-Strelitz** dem Vorstand ihre genauen Adressen anzugeben. Die Bevollmächtigten, in deren Bezirk sich genannte Kollegen befinden, wollen uns Nachricht zukommen lassen.  
**Bremen.** **Der Vorstand.**

**Vom Vorstände sind ernannt:**

Für **Emmerich**: **Job. Entling** als 1. Bev., **H. Kuchenbäcker** als 2. Bev., **W. Janßen** als 3. Bev.  
Für **Kottbus**: **Hermann Bath** als 1. Bev.  
Für **Merseburg**: **Eduard Hirse** als 2. Bev.; **Hugo Thomas**, **Karl Gebhart** als Kontrolleure.  
Für **Zehdenick**: **Aug. Dräger** als 3. Bev.; **Rob. Zibulla**, **Hermann Milow** als Kontrolleure.

Vom 6. bis 15. Juni 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
1. Juni. Hannover, H. Entling . . . . .	— 65
2. Mutterstedt, durch J. Krohn . . . . .	45.—
4. Groß-Kinden . . . . .	97.71
5. Gießen, durch F. Schnell . . . . .	155.40
5. Garbenteich, durch F. Schnell . . . . .	45.88
6. Besentamp, durch W. Schlüter . . . . .	150.—
6. Krosdorf . . . . .	300.—
6. Dreesheim . . . . .	200.—
6. Rees a. Rh., N. Hermen . . . . .	10.—
7. Neckarhausen . . . . .	100.—
9. Ottenien . . . . .	600.—
9. Lorsh . . . . .	200.—
9. Trebbin . . . . .	300.—
9. Wiefel . . . . .	403.88
9. Juni. Bünde i. W. . . . .	200.—
9. Berlin . . . . .	400.—
9. Speyer . . . . .	100.—
11. Ramitzsch . . . . .	100.—
12. Freen . . . . .	75.—
12. Gartha . . . . .	150.—
12. Ohlau . . . . .	300.—
12. Burgdamm . . . . .	200.—
12. Burgdamm, H. Janßen . . . . .	4.50
12. Duisburg, Riegel . . . . .	1.95
13. Münden i. S. . . . .	100.—
13. Brandenburg . . . . .	100.—
13. Halle a. S. . . . .	50.—
13. Hohenheim . . . . .	700.—
13. Wurgun . . . . .	100.—
13. Johannegeorgenstadt . . . . .	200.—
13. Brieg i. Schl. . . . .	100.—
14. Goldberg i. Schl. . . . .	172.62

B. Freiwillige Beiträge:  
5. Juni. Gießen, durch F. Schnell . . . . . 15.—  
10. Emmerich, J. Entling . . . . . 10.—

C. Für Annoncen:  
12. Juni. Burgdamm, J. Bolljes . . . . . 5.—

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.  
Bremen, den 15. Juni 1908.

**W. Niederwolland**, Kassierer,  
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

**Adressen-Änderungen:**

Nachstehende Änderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für **Brieg** b. Breslau: Alle Briefe sind an den 2. Bev. **Karl Wagner**, Fischergasse 17, zu senden.

Für **Emmerich**: Der 1. Bev. **Job. Entling** wohnt jetzt **Emmerich-Speelberg**, **Sweber-Hoppsstraße 19**.

Für **Kottbus**: Der 1. Bev. **Hermann Bath** wohnt jetzt **Schulstraße 11**.

Für **Merseburg** (12): Der 2. Bev. **Eduard Hirse** wohnt jetzt **Tiefer Keller 3**.

Für **Rendsburg** i. Holstein (1): Der 1. Bev. **W. Reimann** wohnt jetzt **Schleimühlenstraße 8**.

Berichtigung: In Nr. 23 des Tabakarbeiter muß es unter Adressen-Änderungen heißen: Für **Goch** (6): Der 1. Bev. **Wilh. v. d. Beck** wohnt nicht **Hülmerstraße 54**, sondern **72**.

**Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:**

In **Emmerich**: Durch **Herm. Kuchenbäcker**, **Gemsgasse 1**.  
In **Kottbus**: Durch den 3. Bev. **A. Lehmann**, **Streelenstraße 9**. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11<sup>1/2</sup>, bis 1 Uhr nachmittags.

In **Merseburg**: Durch **Eduard Hirse**, **Tiefer Keller 3**. An Wochentagen von 10 bis 6 Uhr abends.

**Krankenunterstützung wird ausgezahlt:**

In **Emmerich**: Durch **Herm. Kuchenbäcker**, **Gemsgasse 1**.  
In **Kottbus**: Durch **Adolf Lehmann**, **Streelenstraße 9**. An Wochentagen von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11<sup>1/2</sup>, bis 1 Uhr nachmittags.

In **Merseburg**: Durch **Eduard Hirse**, **Tiefer Keller 3**.

**Mitglieder-Versammlungen.**

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)  
In **Sorft**: Sonnabend, den 20. Juni, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, bei **Hagen** im **Grandweg**. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Jedes Mitglied muß erscheinen.  
Z. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Zielefeld**: Sonnabend, den 27. Juni, abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, im Lokale des **Herrn Blome**, **Weberstraße 5**. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.  
Z. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Südlengern**: Sonntag, den 28. Juni, nachmittags 4 Uhr, bei **W. Liesmeier**, **Kirchlengern**. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nötig.  
Z. A.: **Der Bevollmächtigte.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Cabakarbeiter Deutschlands.**

Geschäftslokal: **Hamburg-Ohlenhorst**, **Rozartstraße 5, I**.  
Ausschuß: **D. Sidow**, **Brandenburg a. S.**, **Kurze Straße 3**.  
Schießgericht: **L. Dechand**, **Berlin N.**, **Ruheplatzstraße 24**.

Eingegangen: **Sterbekasse**: **Wandsbeck 58.98 Mk.**  
**Zuschüsse**: **Kassel 50.— Mk.**, **Leipzig 50.— Mk.**, **Lingenfeld 50.— Mk.**, **Südlengern 50.— Mk.**, **Mühlheim 25.— Mk.**  
**Krankengeld**: **30.— Mk.**

**Bilanz für das 1. Quartal 1908:**  
Kassenbestand am 31. Dezember 1907 **197 993.56 Mk.**  
Einnahme **31 053.98 Mk.**  
Ausgabe **229 047.54 Mk.**  
Kassenbestand am 31. März 1908 **87 618.21 Mk.**  
**191 429.33 Mk.**

**Hamburg**, den 15. Juni 1908. **R. Otta.**

# J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle:  
**10000 Pfund Java, Umblatt und Einlage**, großblättrig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, 85 Pfg. Ferner offeriere **12000 Pfund Carmen**, schlicht 80 Pfg., prima 85 Pfg., doppelt prima 90 Pfg. **Sumatra-Decker**, zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, best mit 1 1/2 Pfund, tabellos weiß brennend, 350 Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, 400-500 Pfg. Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von 140-400 Pfg. in allen Farben. **Sumatra-Umblatt und Einlage (Sandblatt) 110 Pfg. Vorstenland-Decker**, dunkelbraun 170 Pfg., hellfarbig 220, 250-300 Pfg. **Java-Decker 220-300 Pfg., Umblatt 100, 110, 120, 130 Pfg., Umblatt und Einlage**, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg. **Mexiko-Decker**, graubraun 300 Pfg., dunkel 220 Pfg. **Umblatt 150 Pfg. St. Felix-Brasil-Decker**, garantiert schneeweiß Brand und größte Deckkraft, 170 und 180 Pfg., **Umblatt 120 Pfg. Havanna**, edle Qualität, 300 Pfg. **Yara-Cuba 160, 220 Pfg. Domingo 85, 90, 100 Pfg. Portorico 90 Pfg. Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, 85 Pfg.

**Wickelformen** { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** verfenbe gratis und franko.

**Neue, schmiedeeiserne Formenpressen** mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Drehbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6.50 Mk.  
**Gummi-Traganth**, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg.  
**Zigarrenband**, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg.  
 Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

**Java-Umblatt und Einlage**  
 in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker**, **Carmen- und Domingo-Umblatt**, wie bestes, loses Gut, aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigt

**Heinr. Carl Rese jr., Bremen.**

# !Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

**L. Cohn & Co., Berlin N. 54**

Brunnenstrasse 24  
 Deutschlands größtes Fabrik-Gandelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort. Vertreter für Ratibor und Umgegend: **Gustav Burmeister**, Ratibor, wofelbst sich ein größeres Wickelformenlager (Wickelformenpressen, Band, Etiketten sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befindet.

# Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Alttestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.  
**Sumatra- und Java-Decken** 2.00, 2.25, 2.50 A, hell 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60 A. — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 A. — **Domingo und Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 A. — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 A. — **Havanna** 3.60 A. — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 A. **Orde** 1.80 A. — **Losgut**, blattig und gesund, 0.90 A. — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 A. — **Rebuts** 0.86, 0.88 A (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 A  
 Diskont gewährt 3 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

# Konkurrenzlos!

1. Länge Vollblatt, feine, reifbraune Farben, etwas gepickelt pro Pfd. A 2.40  
 3. hellgraues Sandbl., blendend weißer Brand " " " 2.80  
 ff. Losgut, garantiert gesund und rein überseeisch " " " 0.85  
 Java-Umblatt, reifbraun, pro Pfd. A 0.90. Carmen-Umblatt " " " 0.90  
 Vorstentl., Qualitäts-Einl. u. Umbl., Pfd. A 1.00. Bras.-Ausleger " " " 1.25

**J. Roth, Rohtabake en gros, Hamburg 8, Mattentwiete 19/23.**

# Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!

**Sumatra-Decker**, III<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 170 Pfg.  
 do. II<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 180 " "  
 do. II<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Delt . . . 210 " "  
 do. III<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Delt 220 " "  
 do. III<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 250 " "  
 do. I<sup>a</sup> Stüchbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Delt . . . 280 " "  
 do. II<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 320 " "  
 do. II<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein . . . 350 " "  
 do. II<sup>a</sup> Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein 400-700 " "

**Sumatra-Umblatt**, leicht und hochedel, 115-130 Pfg. **Vorstenland-Decker**, fahl, Ia. Ia. Brand, 220 Pfg., Ersatz für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand 260 bis 300 Pfg. **Java-Umblatt**, flott brennend, 120-140 Pfg. **Java-Einlage** mit Umblatt 80-100 Pfg. **Mexiko-Decker**, hochfeinster St. Andres, 4 Pfd. deckend, 450-500 Pfg. **Havanna-Decker**, hochfein, 450-600 Pfg. **Havanna-Umblatt** und **Einlage** 250 Pfg. **Seedleaf**, feinstes Umblatt, 90-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlage** 100-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 120-140 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 150-200 Pfg. **Domingo FF** 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. **Carmen**, reines Umblatt, 90-100 Pfg. **Losgut** nur aus gemischten originalen amerikanisch Tabaken 80-90 Pfg.

Preise verzollt per Pfund Cassa.

Ziel bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenzen nach Uebereinkunft. — Bei größeren Abschüssen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) siehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Beispiel offeriere einen Posten Domingo F à 38 Pfg., FF à 43 Pfg. per Pfund unverzollt bei Abnahme größerer Posten. Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert!

**Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.**

**Neu! Neu!**  
**Ein vorzügliches Doktorbuch!**  
**Dr. Fischers**  
**Neuester Hausarzt**  
 Handbuch der Krankenpflege  
 Anleitung zur schnellen Hilfe bei Erkrankungen und Unglücksfällen nebst wertvollen Ratschlägen für die erste Kinderpflege, mit zahlr. reichen Abbildungen. 160 Seiten stark. Anhang 30 Seiten stark.  
 Dauerhaft gebunden nur **1 Mk.** (Porto 20 Pfg.).  
 Zu beziehen durch die **Expedition des Tabak-Arbeiter**, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

# Männerkrank-

heiten u. Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. med. Rumler. Preisgekröntes Werk. Wirklich brauchbarer, äusserst lehrreicher Ratgeber u. bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von **Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenrunder Leiden, Schäften und Exzesse und alle sonstigen geheimen Leiden.** Nach fachmännischem Urteilen von geradezu unschätzbarem, gesundheitsl. Nutzen. Für 1.60 Mk. Briefm. franko v. Dr. med. Rumler Nachf., Genf 882 (Schweiz).

# Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Offizieren in bekannter Preiswürdigkeit:  
**Sumatra** à 180, 200, 220, 240, 250, 300, 365, 500 Pfg. — **Java** à 85, 95, 110, 125, 185, 265 Pfg. — **Brasil** à 120, 125, 130, 170, 200 Pfg. — **Carmen** à 90, 95, 100, 110 Pfg. — **Domingo** à 95, 100, 110 Pfg. — **Mexiko** à 160, 250, 400 Pfg. — **Havanna** à 275 Pfg. — **Losgut** à 80, 85 Pfg.  
 Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

# Vielen Kranken ein grosser Segen!

F. R., not. cand., in Stuttgart schreibt: So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgespannt gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bette legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.  
 Dr. D. in Klausthal: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihr Lamscheider Stahlbrunnen von meinem ich seit langen Jahren quälenden Nervenleiden befreit hat. Alles ging ohne Berufshinderung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.  
 Geheimrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilschatz ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugänglich gemacht zu werden.  
 Warm empfohlen bei Blutarmut, Fleischsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutsbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 77.

Die Expedition des Tabak-Arbeiter  
 Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21  
 hält vorrätig und gibt gegen Einzahlung des Betrags durch Postanweisung oder unter Nachnahme ab aus ihrer Gesundheits-Bibliothek:  
**Populäre Heilkunde** mit Abbildungen, über 500 Seiten. Gebunden. Statt früher 6 Mk., jetzt nur 1.50 Mk. (Porto 30 Pfg.).  
**Das goldene Buch der Gesundheit.** Vergleichlicher Ratgeber für Gesunde und Kranke. Von Dr. med. Julius Locheim. Elegant gebunden, 512 Seiten stark, mit vielen Abbildungen. Nur 3.00 Mk. (Porto 50 Pfg.).  
**Alkohol und Geschlechtsleben.** Gegen Einzahlung von 15 Pfg.  
**Im Kampf um die Gesundheit.** Ein ernstes Wort zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht. Von Dr. Julian Marcuse. 48 Seiten stark. Nur 15 Pfg. (Porto 3 Pfg.).  
**Dr. Fischers Neuester Hausarzt.** Handbuch der Krankenpflege. Mit zahlr. reichen Abbildungen. Gebunden. Nur 1 Mk. (Porto 20 Pfg.).  
 — In besserer Ausstattung, broschiert, 70 Seiten stark. 60 Pfg. (Porto 5 Pfg.).

**Geräte für die Fabrikation**  
 als:  
**Wickelformen, Formenpressen**  
**Ritterpressen**  
**Arbeitsische, Schemel, Sortier-**  
**listen, Stichtäten für Wickelmacher**  
**Bündelpressen etc.**  
**Rollbretter, Ia.-Ware.**  
 rotbuch 1.50 A, weisbuch 2 A unvernünftlich!  
**Echt amerik. Kopfholz-**  
**Bretter mit Eisenbolzen**  
 — Unerreicht in Haltbarkeit! —  
 per Stück 5.50 A, 10 Stück 53 A  
**Arbeitsmesser, prima Stahl**  
 per Stück 25 A, 10 Stück 2 A  
**Hamburg-Arbeitsmesser**  
 zu gleichen Preisen.  
**Trockenöfen** zu 2 Mille 40 A  
 zu 3 Mille 55 A  
 P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.  
**W. Hermann Müller, Berlin**  
 Magazinstrasse 14.

**Roh-Tabak.**  
**Sumatra-Decke**, hell, 200, 280, 300, 325, 350, 375, 425, 500, 550, 600, fahl, mittel 225, 275, 300, 350, 425 A.  
**Java-Sumatra-Decke** 215, 230 A.  
**Vorstenland-Decke** 225, 250, 275 A.  
**Java** 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 A.  
**Brasil** 105 Gr., 125, 130, 135, 150, 200 A.  
**Carmen, Domingo** 95, 100, 110, 120, 130 A.  
**Mexiko-Decke** ff. 450 A.  
**Pa. Losgut** 85 A, netto.  
 Fabrikabfall, grob, 75 A.  
**Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 A netto**  
 Inländische Tabake 75, 85 A.  
 Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt.  
 Versand unter Nachnahme.

**Bedarfs-Artikel**  
 Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 A, mit Rad 19 A, ganz Eisen 26 A.  
 Presskasten zu 1000 Zigarren nur 5.75 A.  
 Rollbretter 175, 200 A, Strohholz 300, 350 A.  
 Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 A.  
 Arbeitsmesser 20 u. 30 A, 35 A Hamburger.  
 Lack 30 A, 8 Stangen.  
 Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 A.  
 Band 50 Meter von 70 A an.  
 Ringe ff. nur 20, 25 A, mit Porträt 45 A.  
 Etiketten von 40 A pro 100 Stück an.  
 Gummi-Traganth nur 175, 225, 250 A pr. Pfd.  
 Gebrauchte Arbeitische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.  
 Preise per Kasse ohne Abzug.

**S. Hammerstein Filiale**  
 Vertreter: Gustav Boy  
 Berlin N., Brunnenstr. 183.

**Carl Roland, Berlin SO.**  
 Sottbuser Straße 4.  
 Gegründet 1871. Gegründet 1871.

**Ratgeber f. Arbeiter** Geb. 1.25 Mk. Volksbuchhdl Leipzig.

**Heinrich Franck**  
 Berlin N., Brunnenstrasse 185.  
 Gegründet 1879.

**Sumatra, ganz hell Vollblatt, prima Brand**  
 250 Pfg. verzollt.

Sämtl. Utensilien, geb. Formen. Illust. Katalog gratis u. franko.  
**Carl Roland, Berlin SO.**  
 Nr. 769, Ecke zum Verkehrsroffen, 1.50 Mk. Vorstenlanden, hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. Sumatra-Tabake von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigt. Nur streng reelle Bedienung.

**Achtung! Java!!**  
 Einlage und Umblatt per Pfund —.90 —.95 1.—  
**Umblatt**, vierte, dritte, zweite u. erste Länge, Vollblatt p. Pfd. 1.20 1.30 1.40 1.50 1.60  
**Deckblatt**, zweite und erste Länge p. Pfd. 2.40 2.60 2.80 3.— 3.60  
 Bei Packenbezug bedeutende Preisermässigung.  
**Hengfoss & Maak**  
 Altona-Ottensen  
 Filiale:  
 Berlin N., Brunnenstrasse 190.

**Ciggrus**, sanbfrei, 30, 50, 75, 9 Pfd. = Postmuster 5.00 postfrei, dopp. gewalzte Sum.-Ripp. 15.00, hell. Dely, Gelegenheitskauf, Ia., 2.75, 3.25. Kemmler Nachf., Breslau 6.

**W. Hermann Müller**  
 Berlin, Magazinstrasse 14.  
 Nr. 5027  
**Märker, lose Blätter**  
 leicht, wollig, Pfund 73 Pfg.  
 Nr. 6049  
**Mexiko-Einlage**  
 leicht, würzig  
 Pfund 1.25 Mk. verzollt.

**Gerfläders Reise-Romane**  
 Größte Auswahl.  
 Prachtbände 1.50 Mk., Porto 30 Pfg.  
 Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.  
 Ersuche die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenarbeiter **Heinr. Blanke aus Lage i. Lippe** befindet, mir die Adresse zukommen zu lassen. Porto wird vergütet.  
 Heinrich Hollmann, Lage i. Lippe.  
 Die Bevollmächtigten werden ersucht, den Aufenthalt des Zigarrenmachers **Karl Stiff aus Goch** mitzuteilen. Porto wird vergütet. Reiner Küsters, Mühlheim-Ruhr, Froschenteich 54a.

Unserem Kollegen **Karl Zenk** aus **Jastrow** und seiner Braut **Josepha Studczinsky** zu ihrer am 14. d. M. stattgefundenen **Verlobung** die herzlichsten Glückwünsche!  
 Ob er wohl was zum Schmirren geben wird?  
 Die Kollegen der Zigarrenfabrik **F. Stegler in Mustau.**

**Todes-Anzeigen.**  
**Verspätet!**  
 Vor kurzem starb hier der Kollege **Gustav Pfau** von hier im 54. Lebensjahre.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle Zeit. J. A.: Die Ortsverwaltung.

Am 9. d. M. starb nach langem Leiden unter langjähriges Mitglied **Konrad Hüneke** aus Wilsen im Alter von 74 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder **Verdens.**

Am 10. Juni starb nach kurzer Krankheit unter langjähriges Mitglied **Heinrich Hoppe** aus Hohenrode im Alter von 67 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Zahlstelle **Wilm.**

Am 9. Juni verstarb nach langem schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied **Hedwig Kunze** aus Berlin im Alter von 29 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihr die Mitgl. der Zahlstelle **Finkenwalde.**

Nach eintägiger Krankheit verstarb unser 20-jähriges Mitglied **Johann Lutz** im Alter von 55 Jahren.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitgl. der Zahlstelle **Birzberg.**

Sonntag, den 14. Juni, verstarb unser treues Mitglied, langjähriger 2. Bevollmächtigter und Kassierer **Wilhelm Gorges**.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitgl. der Zahlstelle **Gamburg.** Die Ortsverwaltungen des L.-B. Gamburg und der Zentral-Krankenkasse der Tabakarbeiter, Sitz Gamburg.

Am Dienstag, den 9. Juni, verstarb unser Kollege **Wilhelm Matz** im noch kaum vollendeten 26. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.  
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitgl. der Zahlstelle **Schnlanke.**

**Briefkasten.**  
 Vereins-Inserate müssen gestempelt sein. — Andere Inserate sind vorher zu bezahlen. Bei Einzahlung der Beträge ist stets die Nummer des Blattes mit anzugeben.  
 Kollegen in **Mustau** 90 Pfg.

## An die Bevollmächtigten im 15. Gau.

Werte Kollegen! Wie Ihr aus der Nr. 24 des Tabak-Arbeiter ersehen habt, ist seitens der Fabrikanten der Niederlausitz — der beauftragte Kuser im Streit mit Herr Max Grobmann-Spremberg — eine Kriegserklärung an die Tabakarbeiter der Mark Brandenburg erlassen worden. Diese Kriegserklärung zu begründen, war Herrn Eugen Heinzius-Frankfurt a. O. vorbehalten, jenem Mann, der seine Arbeiter nur als eine Ware betrachtet und daher glaubt, daß dieselbe zu jedem beliebigen Preis zu haben ist. Er ist daher auch für am würdigsten befunden worden, die Fabrikanten der Mark Brandenburg zu organisieren. Offen gesagt, wir freuen uns aufrichtig darüber, daß gerade er die Werbetrommel, auch unter den kleinen Fabrikanten, zu schlagen hat. Vielleicht danken ihm dieselben einmal hierfür, wenn ein Teil von ihnen aufgehört hat, zu sein. Doch, das ist Sache dieser kleinen Leute selbst. Vielleicht, wir sagen vielleicht, gewinnen dieselben so viel Einfluß, um die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, die von einigen Großfabrikanten der Niederlausitz getrieben wird, und zwar auf Kosten der armen Tabakarbeiter, deren erbärmlicher Verdienst den Herren zur Genüge bekannt ist.

Kollegen im 15. Gau! Die Vereinigung der Zigarrenfabrikanten hat den Zweck, die Löhne der Tabakarbeiter der Mark Brandenburg zu verschlechtern. Die Anzeichen hierfür sind schon vorhanden. Sie gegen gilt es, einmütig Front zu machen. Alle lauen Elemente, die dem Verbände noch nicht angehören, müssen auf die Absichten der Fabrikanten aufmerksam gemacht werden und wissen sie sich zu versehen haben, wenn sie der Organisation fernbleiben.

Kollegen! Nehmen wir den Fehdehandschuh auf, den die Herren Fabrikanten uns durch ihren Vertreter, Herrn Eugen Heinzius, hingeworfen haben! Es gilt, den Kampf zu führen gegen Verschlechterungen unsrer Lohn- und Arbeitsbedingungen; es gilt, den Kampf zu führen für unsre Organisation, die den Herren ein Dorn im Auge ist, weil sie die ausbeuterisch bedrohten Arbeiter beschützt.

Kollegen, nehmt in euren Mitgliederversammlungen Stellung zu dieser Kriegserklärung und schärft die Waffen zur Abwehr gegen die geplanten Verschlechterungen unsrer Lage. Wo es gewünscht wird, ist die Gauleitung bereit, in Versammlungen über die neu geschaffene Situation zu referieren.

Alle Tabakarbeiter müssen sich unserem Verband anschließen! Hoch die Organisation!  
S. A.: M. Kiesel, Gauleiter.

## Zigarrenarbeiterverhältnisse im Großherzogtum Baden.

I.  
In keinem deutschen Bundesstaat hat die Zigarrenindustrie die hohe Bedeutung und so stark den Charakter des Großbetriebs wie im Großherzogtum Baden. Im Jahre 1907 beschäftigte die Zigarrenindustrie Badens, soweit sie von der Fabrikinspektion erfaßt wurde, was für die Hausindustrie, deren Arbeiter übrigens nicht gut gezählt sind, sicherlich nur unvollständig gelang, 39 085 Arbeiter, 3196 mehr als im Jahre 1906. Mit der Arbeiterzahl von 1907 steht sie an der Spitze aller badischen Industrien, wenn auch vermutet werden darf, daß sie bald, vermutlich schon im Jahre 1908, von andern Industrien überflügelt werden dürfte. Die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate entwickelt sich im Großherzogtum Baden ganz gewaltig. Von 1906 auf 1907 stieg die Zahl der von ihr beschäftigten Arbeiter von 34 372 auf 39 045, so daß bloß 40 Arbeiter weniger in dieser Industrie wie in der Zigarrenindustrie beschäftigt waren.

Im Jahre 1906 bildeten die Arbeiter der Zigarrenindustrie 16,1, im Jahre 1907 16,7 Prozent aller Arbeiter Badens, während in der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate der Anteil von 15,4 auf 16,5 Prozent angewachsen war. Vorläufig steht Baden hinsichtlich seiner Arbeiterzahl relativ an der Spitze aller Zigarren produzierender Länder Europas und an der Spitze aller Industrien im Großherzogtum Baden. Merkwürdigerweise war im Jahre 1906 die Durchschnittszahl der Arbeiter einer Zigarrenfabrik 48, im Jahre 1907 aber bloß 42, es ist dies wohl weniger auf den Rückgang der Arbeiterzahl in den großen Betrieben als auf das Entstehen vieler Kleinbetriebe zurückzuführen.

Das Jahr 1907 brachte am 1. Mai das Inkrafttreten der Bekanntmachung vom 17. Februar 1907 betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen, dann die Verordnung betreffend die Ausdehnung der §§ 135—139 b der Gewerbeordnung auf Werkstätten der Tabakindustrie. Die neue Bekanntmachung des Reichskanzlers wurde in 37 Amtsbezirken durch die Amtsblätter in folgender Weise bekannt gegeben:

Die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen betreffend.

Am 1. Mai d. J. treten die Bestimmungen der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 17. Februar 1907, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen in Kraft.

Gemäß § 10 dieser Bekanntmachung hat der Arbeitgeber für die Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

1. Die Arbeiter dürfen nicht auf den Fußboden aufspucken.
2. Die Arbeiter dürfen Zigarren nicht mit dem Munde bearbeiten und die Zigarrenmesser nicht mit Speichel befeuchten.

In den zu erlassenden Vorschriften ist vorzusehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können.

Ist für den Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§ 134 a der Gewerbeordnung), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen. Dies erfolgt zweckmäßig in Form eines Nachtrags zur Arbeitsordnung, der mit dem Datum des Erlasses und Inkrafttretens und mit der Unterschrift des Arbeitgebers versehen dem Großherzoglichen Bezirksamt unterzüglich zur Prüfung einzureichen ist.

Leider hat diese Veröffentlichung nicht dazu geführt, daß die Verordnung auch tatsächlich richtig durchgeführt wurde. Vielmehr wurden Ausnahmegestimmungen gestattet, Erlaubnis zum provisorischen Betrieb von Zigarrenfabriken in Räumen, die den gesetzlichen Bestimmungen in gesundheitlicher Beziehung nicht entsprechen, wurden noch gewährt, wenn sich auch diese Gesuche merklich gemindert haben. Gegen eine Firma, die trotz ausdrücklichen Verbots in ihrem überdies noch zu stark besetzten Arbeitsraum Jugendliche beschäftigte, wurde strafendes Einschreiten herbeigeführt. Man ersieht aus dieser Tatsache, daß das strafweise Vorgehen leider nur eine Ausnahme ist, daß die Regel die Duldung mit Ermahnungen und nicht ausgeführten Drohungen ist. Die Fälle der Ausdehnung der Arbeitszeit über 10 Stunden und die Nichtbeachtung der Pausen ist sicherlich eine sehr häufige Erscheinung, aber bloß in wenigen Fällen wurde eingeschritten.

Die Frage der Lehrverträge beschäftigt die Fabrikinspektion immer wieder. In einer umfangreichen Darstellung hierüber finden wir in dem Bericht die nachstehenden Angaben:

Eine große Firma der Zigarrenbranche hatte wiederholt bei jugendlichen Arbeiterinnen, mit denen ein Lehrvertrag nicht abgeschlossen war, den Austritt nach vorausgegangenem 14tägiger Kündigung verwehren wollen und hatte auch Schritte unternommen, die Wiedereinstellung einer Arbeiterin in einer andern Fabrik zu hintertreiben. Diese entließ die Arbeiterin auch tatsächlich mit der Begründung, es sei ein Schreiben der Fabrikinspektion eingelaufen, in dem die Entlassung der Arbeiterin gefordert werde. Die Fabrikinspektion berichtete diesen Irrtum und befürwortete die Wiedereinstellung der Arbeiterin, die grundlos entlassen worden sei. Die Firma wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sie kein Recht habe, einer jungen Arbeiterin den Austritt zu verwehren, wenn nicht in der Arbeitsordnung Bestimmungen aufgenommen seien, durch die das Kündigungsrecht in der ersten Zeit beschränkt werde.

Daß die Lehrverträge in Zigarrenfabriken immer noch nicht ganz ausgerottet sind, zeigen folgende Vorfälle: Eine Anfängerin war in einer Fabrik ihres Heimatortes erst als Wickelmacherin und dann als Zigarrenmacherlehrling beschäftigt, dann aber wegen schlechter Behandlung seitens des Werkmeisters ausgetreten. Eine neue Stelle mußte sie aufsuchen, weil ihr erster Meister geltend machte, die Arbeiterin dürfe auf Grund ihres Lehrvertrags bei einer andern Firma nicht eintreten. Das Mädchen, hierdurch eingeschüchtert, unterließ es, neue Stelle zu suchen und fand erst nach etwa einem Jahre wieder Beschäftigung in einer neugegründeten Fabrik am Ort. Allem Anschein nach war die Arbeiterin einer Verabredung der im Ort ansässigen Firmen bezüglich Festhaltung der jugendlichen Arbeitskräfte im Betrieb zum Opfer gefallen. Die neue, nicht an die Verabredung gebundene Konkurrenz brachte ihr wieder Beschäftigung. Der Vorfall veranlaßte die Fabrikinspektion, bei der ersten Arbeitgeberin des Mädchens für Lösung sämtlicher noch bestehender Lehrverträge zu sorgen. Die Firma kommt jetzt ohne jegliche Bindung aus.

Durch Mitteilung eines Amtsgerichts erhielt die Fabrikinspektion Kenntnis von Lehrverträgen, welche eine Zigarrenfabrik mit Anfängern und deren Eltern auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen hatte. Der Wortlaut des Vertrags mußte bei nicht gefesekundigen Personen den Eindruck erwecken, als sei der Lehrling in keinem Fall berechtigt, wider Willen des Fabrikanten die Lehrzeit zu unterbrechen. Auch war eine Vertragsstrafe ausbedungen für den Fall, daß der Lehrling die Lehre ohne Einverständnis der Firma verläßt, während doch eine Vertragsstrafe nur verabredet werden darf für den Fall, daß der Lehrling die Lehre unbefugt verläßt. Schließlich sollte nach dem Vertrag der Lehrling wegen Nichtleistung zur Arbeit jederzeit entlassen werden können. Entsprechend ihrer bisherigen Gepflogenheit wurde von der Fabrikinspektion auf Abschluß kurzfristiger Arbeitsverträge hingewirkt.

Während verschiedene andre Firmen auf das Ersuchen der Fabrikinspektion, die noch vorhandenen Lehrverträge abzuschaffen, bereitwilligst eingingen, erklärte ein Unternehmer, der noch Lehrverträge hatte, auf Vorhalt, er wisse wohl, daß diesen Verträgen eine rechtliche Bedeutung nicht zukomme, er wolle aber daran festhalten, um die jungen Arbeiter glauben zu machen, sie seien an einen Lehrvertrag gebunden. Die Firma wurde zur Streichung dieser lediglich auf Fiktion beruhenden Bestimmung veranlaßt.

Eine Reihe von Zigarrenfabriken ist auf folgenden Ausweg verfallen. In die Arbeitsordnung wurde der Passus aufgenommen:

Mit Arbeitern, welche bei der Firma das Zigarrenmachen lernen wollen, wird auf Grund dieses Paragraphen ein auf ein Jahr lautender Arbeitsvertrag abgeschlossen.

Die Firmen unterstellen dabei, daß durch Anerkennung der Arbeitsordnung seitens eines Anfängers ein auf ein Jahr lautender Arbeitsvertrag stillschweigend abgeschlossen sei. Will dann ein solcher Anfänger unter Einhaltung der allgemeinen, in der Arbeitsordnung festgesetzten Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis lösen — derartige Fälle haben wiederholt zu amtlichem Einschreiten Anlaß gegeben —, so wird versucht, ihm durch Zurückhaltung des Arbeitsbuchs wegen unrechtmäßigen Austritts die Arbeit

in einem andern Betrieb unmöglich zu machen. In einem Falle, der durch eine Beschwerde der Gewerkschaft zur Kenntnis der Behörde gekommen war, ist es einer Firma gelungen, einen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen, weil er nicht so lange arbeitslos bleiben konnte, bis die zur polizeilichen Intervention notwendigen Erhebungen abgeschlossen waren. In einem andern Falle wandte sich eine Firma unter Berufung auf denselben Paragraphen ihrer Arbeitsordnung sogar an die Behörden, um ihre drei Wickelmacher wieder zu gewinnen, die nach rechtmäßiger Kündigung unter dem Vorwand, ein andres Handwerk erlernen zu wollen, ausgeschieden, jedoch in eine Konkurrenzfabrik eingetreten waren. Auch hier ergaben die Erhebungen, daß ausdrückliche Arbeitsverträge mit den Dreien weder mündlich noch schriftlich abgeschlossen waren und somit dieser Paragraph der Arbeitsordnung keine bindende Kraft besitzen konnte.

Ueber die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter wird mitgeteilt, daß ihre Zahl von 1906 auf 1907 von 4313 auf 5030 stieg, und zwar die der männlichen von 1395 auf 1646 und die der weiblichen von 2918 auf 3384. Während unter 1000 in Baden beschäftigten jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen im Jahre 1906 226 in der Zigarrenindustrie beschäftigt waren, so im Jahre 1907 245. Das zeigt also ein sehr erhebliches Steigen des Anteils der Jugendlichen an der Arbeiterzahl. Auch innerhalb der Industrie ist die relative Zunahme stark zu bemerken, denn es waren unter 1000 Zigarrenarbeitern und Arbeiterinnen im Jahre 1906 bloß 120, im Jahre 1907 aber 129 Jugendliche beschäftigt. Daß die weibliche Arbeitskraft in der Zigarrenindustrie die entscheidende Rolle spielt, ist allgemein bekannt. Es waren in der badischen Zigarrenindustrie im Jahre 1907 23 686 Arbeiterinnen beschäftigt, hiervon waren 9320 verheiratet, 1404 verwitwet oder geschieden, so daß von 1000 Arbeiterinnen 452 verheiratet, verwitwet oder geschieden waren. Gegenüber dem Jahr 1906 ist die Zahl der Arbeiterinnen in der badischen Zigarrenindustrie um 1821 gestiegen. Kam auf 1000 in der badischen Industrie beschäftigte Arbeiterinnen im Jahre 1906 370, so im Jahre 1907 378 Arbeiterinnen, und trotzdem klagt die badische Zigarrenindustrie über einen Mangel an Arbeiterinnen, über die Unmöglichkeit, sich die erforderliche Zahl von Arbeiterinnen zu beschaffen. Bei der großen Anzahl der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen ist es eigentlich merkwürdig, daß bloß in einem Falle in einer Zigarrenfabrik die ungesekliche Beschäftigung von Mädchen festgestellt werden konnte. Die Frauen nahmen hier nach vier Wochen ohne ärztliches Zeugnis die Arbeit wieder auf. Von einer Bestrafung wurde auch in diesem Falle Abstand genommen.

## Gewerkchaftliches.

**Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.**

Driesen. Bei der Firma Lindemann kam es zwischen den Arbeitern und der Firma zu Differenzen. Der Inhaber stellte an die Arbeiter das kuriose Verlangen, aus dem Verband auszutreten; ihren einzigen Schutz gegen die Willkür des Unternehmertums freiwillig preiszugeben. Was mit dieser Forderung des Fabrikanten verknüpft ist, geht aus einer weiteren Zumutung hervor, welche dahin geht, denjenigen Kollegen, die das Rollen erlernen wollen, dasselbe in Zukunft für einen niedrigeren Akkordsaß wie bisher zu entlohnen. Also Lohnreduktion ist die Triebfeder dieses Verlangens des Fabrikanten, und dagegen wehren sich die Arbeiter mit vollem Recht. Ueber den Betrieb ist daher die Sperre verhängt und darf kein Kollege dort in Arbeit treten. Der Vorstand.

Löwenstein bei Pyrmonz. Der Abwehrstreik bei der Firma Wolrad, Müffel u. Söhne, der am 2. Juni begann, dauert fort. Zugang ist fernzuhalten.

Dranienbaum. Bei der Firma G. Döring stellen die Arbeiter Lohnforderungen. Die Firma weigert sich, den Wünschen der Arbeiter zu entsprechen. Letztere stellen die Arbeit ein. Zugang ist fernzuhalten.

Neumünster. Der Streik dauert unüberändert fort. Seitens des Gewerkschaftskartells ist der Boykott über die Firmen verhängt worden, die noch keine Zugeständnisse machten. Zugang ist fernzuhalten.

Schönwald (Oberfranken). Die Zigarrenfabrik Darnicoll sucht fortgesetzt in Deutschland sowie auch im Auslande nach Arbeitskräften, mit der Angabe, gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewähren zu wollen. Arbeiter, die bei der Firma in Arbeit getreten sind, haben die Arbeitsstellen schleunigst wieder verlassen, da die Entlohnung und die Behandlung der Arbeiter viel zu wünschen übrig lassen, wie uns berichtet wurde. Wir warnen deshalb alle Arbeiter, bei dieser Firma in Arbeit zu treten.

Rosslau a. E. Ueber den hiesigen Ort ist die Sperre verhängt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Hannover. Bei der Firma Karasi (Zigarettenfabrik) sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma ist gesperrt.

**Buchdrucker-Generalversammlung und Gewerkschaftsneutralität.** Aus den Verhandlungen über die Stellung des Buchdruckerverbands zur Gewerkschaftsneutralität, so schreibt der Handshuhmacher, dürfte der Redakteur Heghäuser mindestens so viel gelernt haben, daß mit dem fortgeschrittenen Aufstossen dieser Frage für die Organisation gar nichts erzielt und daß ferner weder seine Auffassung hierzu noch die Art, wie er sich zur Partei stellt und die Buchdrucker gegen angebliche Anrempelungen seitens einiger Parteizeitungen glaubt verteidigen zu müssen, die Zu-

stimmung seiner Kollegen nicht findet. Die Generalversammlung nahm folgende Resolution an:

Der Verband der Deutschen Buchdrucker hält auch fernerhin fest an seinem prinzipiellen Standpunkt der gewerkschaftlichen Neutralität, im gleichen Sinne an der Solidarität mit der allgemeinen Arbeiterchaft. Der Anschluß des Verbands der Deutschen Buchdrucker an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird auch fernerhin für eine absolute Notwendigkeit erachtet.

In Buchdruckerkreisen hat man die Diskussion über diesen Gegenstand weidlich satt, wenn die „Neutralität“ nun in der Besetzung verschwindet, wird das niemandem zum Schaden sein.

### 14. Gau (Schlesien und Posen).

Sonntag, 5. Juli 1908, vormittags 11 Uhr, findet für die Zahlstellen Breslau, Ohlau, Neumarkt, Rant, Trebnitz, Strehlen und Wansen eine Bezirkskonferenz in Breslau, Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, statt.

Zahlstellen über 100 Mitglieder wählen zwei Delegierte, unter 100 Mitglieder einen Delegierten.

Die Tagesordnung lautet:

1. Arbeitsnachweis und Festsetzung eines Minimallohns.
2. Die Taktik bei untern Lohnbewegungen.
3. Die Aufgaben der Ortsverwaltungen und Vertrauensleute.
4. Verschiedenes.

Mit kollegialischem Gruß

M. Clement, Gauleiter.

### An die Zahlstellen des 3. Gaus.

Die 3. Gaukonferenz findet Sonntag, 26. Juli, vormittags 11 Uhr, in Wernigerode, Feldstraße 16 (Volksgarten), statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauleiters. Berichterstatter C. Burgold.
2. Diskussion und Bericht der einzelnen Delegierten.
3. Unsere Aufgaben in nächster Zeit. Referent: ein Mitglied des Vorstands.
4. Verschiedenes.

Zahlstellen bis zu 100 Mitglieder wählen einen, über 100 Mitglieder zwei Delegierte.

Ermünscht ist jedoch, daß sämtliche Zahlstellen vertreten sind.

Mit kollegialischem Gruß

Emil Burgold.

## Berichte.

**Hannover.** Wie bereits berichtet, haben die Inhaber der Zigarettenfabrik Karasi Unwillen unter den bei ihnen beschäftigten Arbeitern erregt dadurch, daß sie in Lindhorst eine Filiale errichteten und dort das Mille Zigaretten um 1.25 Mark billiger herstellen lassen wie in Hannover. Aber auch in Hannover hat genannte Firma es auf eigentümliche Art verstanden, ihre männlichen Arbeiter nach und nach zu entlassen. Die Arbeiter glauben wohl nicht mit Unrecht, daß, wenn der Betrieb in Lindhorst funktioniert, die hannoverschen Arbeiter entlassen werden. Die Organisation der Tabakarbeiter sowie Verkäufer der Ware Karasi suchten am 10. d. M. durch Verhandlung mit Herrn Bodenstab (Geschäftsführer der Firma Karasi) die Differenzen aus der Welt zu schaffen. Die Einigung scheiterte aber an dem Widerstande des Herrn Bodenstab. Ein letzter Versuch, abends mit Herrn Bodenstab nochmals zu verhandeln, schlug ebenfalls fehl, denn Herr B. ließ sich wegen Krankheit entschuldigen, trotzdem er morgens versprochen, zur Sitzung zu kommen. Es bestehen also die Differenzen zwischen der Firma Karasi und dem Deutschen Tabakarbeiterverbande fort. — Herr Bodenstab hat bei Verschieß seiner Ware immer erklärt, sie würde nur von organisierten Arbeitern hergestellt. Wie es damit bestellt ist, beweisen die verschiedentlich geschilderten Vorkommnisse. Die Organisationsleitung nimmt an, daß die hannoverschen Arbeiter aus dem Vorgehen des Herrn Bodenstab ihre Schlussfolgerungen ziehen.

**Niebergorbis bei Dresden.** Ungern nehme ich nochmals in meiner Angelegenheit die Spalten des Tabakarbeiters in Anspruch, wenn nicht die Zuschrift des Kollegen Schulz mich dazu zwingen würde. Daß ich am 1. Mai gearbeitet habe, diese Tatsache habe ich auch noch nicht bestritten. Ich wende mich nur gegen die Art und Weise, wie man diese Angelegenheit behandelte und gegen den Ausschlußantrag überhaupt, wozu nicht der geringste Grund vorhanden war. Es wird aber auch ebensowenig von Schulz bestritten, daß man durch Lärmen soviel wie möglich verhindert, meinerseits das Verteidigungsrecht auszuüben, um den Anwesenden die Beweggründe für mein Verhalten klarzulegen. Von persönlicher Geschäftigkeit geleitet, wollte man mich so schnell wie möglich aus dem Verbands ausschließen. Warum denn so eilig mit dem Ausschlußantrag, ohne ernsthafte Prüfung der Sachlage? Meine Person wollte man in das schlechteste Licht stellen, auch das wird vom Kollegen Schulz durchaus nicht bestritten. Vielmehr wird dieses durch seine Zuschrift noch bekräftigt. Er wirft mir Unterschlebung geschäftiger Motive ufm. vor. Und die Beweise? Ich habe keine Ursache, zu solchen Mitteln zu greifen. Das überlasse ich eventuell andern. Nun ein paar Worte zu der angeführten Stimmenzahl, deren Richtigkeit ich bezweifeln möchte. Bei der Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftsbesitz wurden 90 Stimmen abgegeben. Bei der Abstimmung über den Ausschlußantrag 56 und über das Mißbilligungsbotum wurden 31 Stimmen abgegeben. Das erstmal hatten sich also 32 und das zweitemal 57 der Stimme enthalten. Angenommen, es wären nur noch 56 Mitglieder da gewesen, so hätten sich immer noch nahezu 50 Prozent bei der Abstimmung über das Mißbilligungsbotum der Stimme enthalten. Würde also mein Verhalten von der gesamten Versammlung gemißbilligt, so kann man dies auch bei der Abstimmung zum Ausdruck bringen. Nun noch eins. Wenn Kollegen Krumbholz trotz persönlicher Freundschaft mein Verhalten mißbilligt, so beweist dies, daß er sich in seinem Urteil dadurch nicht beeinflussen ließ. Diese korrekte Handlungsweise nehme man sich zum Vorbild. Das mein letztes Wort.

Gustav Nimmergut.

**Spenge. Grabhändler.** Ruchlose Hände haben auf dem Grabe unsres am Donnerstag, den 4. Juni, beerdigten Gesehnen Herrn Kampmann bei zwei Kränzen die Schleifen durchgeschnitten. Die eine Schleife war von dem Kranze, den der Verstorbene Mitarbeiter der Firma Teschmacher u. Co. gewidmet hatten; die Widmung war mitten durchgeschnitten. Die andre Schleife war vom Kranze des Ortsvereins Spenge; von diesem war die Inschrift abgeschnitten und mitgenommen worden. Die Inschrift lautete: „Lüge und Knechtschaft war verhaßt Dir im Leben. Der Wahrheit und Freiheit zu dienen, galt Dein Streben.“ Die Tat muß vor Pfingsten verübt worden sein, da am Sonnabend eine Frau, die auf dem Kirchhof beschäftigt war und das Grab aufgeschüttet hatte, den Frevler gleich bemerkt hatte. Der Bruder des Verstorbenen, Gottlieb Kampmann, hat eine Belohnung von 20 Mark für denjenigen ausgesetzt, der den Täter so bezeichnet, daß dessen gerichtliche Bestrafung erfolgen kann.

## Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1907.

Die von der Generalkommission soeben im Korrespondenzblatt veröffentlichte Statistik über Umfang und Tätigkeit der deutschen Gewerkschaftskartelle erstreckt sich auf 558 = 95,06 Proz. der am Schlusse des Jahres 1907 bestehenden Kartelle. Diefen sind insgesamt 7777 gewerkschaftliche Organisationen mit 1596 409 Mitgliedern angeschlossen. 29 Gewerkschaftskartelle sind an der Statistik nicht beteiligt. Meistens handelt es sich um Kartelle in kleineren Orten mit schwacher Gewerkschaftsbewegung, jedoch sind darunter auch einige Kartelle mit ganz bedeutender Mitgliederzahl. Insgesamt repräsentierten die in der Statistik fehlenden 29 Kartelle im Jahre 1906 eine Mitgliederzahl von 25 166. Stellt man diese Zahl auch für 1907 in Rechnung, so ergibt sich, daß Ende 1907 in 587 Gewerkschaftskartellen 1 621 575 Gewerkschaftsmitglieder vereinigt waren.

Die gewerkschaftlichen Lokalvereine sind in den Kartellen fast gar nicht mehr vertreten. Das Kartell in Solingen, das, nachdem im letzten Jahre sämtliche Zweigvereine der Zentralverbände aus demselben austraten, eine rein lokalistische Verbindung darstellt, ist an der Statistik nicht beteiligt, und von dem Rest der noch an einigen Orten bestehenden sonstigen Lokalvereine sind nur noch 12 mit insgesamt 1337 Mitgliedern in Gewerkschaftskartellen vertreten. Es sind dies der Verein der Straßenbahner in München mit 710 Mitgliedern, die Feilenhauer in Remscheid, 120 Mitglieder, ein Schifferverein in Speier mit 90 Mitgliedern sowie einige Reste von lokalistischen Bauhandwerkervereinen.

Von den Zweigvereinen der Zentralverbände sind 7720 in den Kartellen vertreten, während in 219 Orten insgesamt 396 Zweigvereine den Kartellen fernstehen. Von einigen sonstigen in Gewerkschaftskartellen vertretenen Vereinen sind zu erwähnen die Vereine der Diensthöfen und Hausangestellten in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover und Nürnberg mit zusammen 2924 Mitgliedern.

Der Verband der Buchdrucker stellt die größte Zahl der den Kartellen nicht angeschlossenen Zweigvereine. Von 350 in Kartellorten bestehenden Zweigvereinen dieses Verbandes stehen 76 den örtlichen Kartellen fern.

Besonders zugenommen hat im letzten Jahre wieder die Zahl der kleinen Kartelle. Es umfassen 81 Kartelle nicht mehr als 5 Organisationen, 195 umfassen 6—10 Organisationen, 106 umfassen 11—15 Organisationen; mehr als 15 Gewerkschaften sind in 176 Kartellen vorhanden. Die Zahl der Kartelle, in denen weniger als 500 Gewerkschaftsmitglieder vertreten sind, beträgt 194. Mehr als 500 bis zu 2500 Gewerkschaftsmitglieder umfassen 259 Kartelle und darüber hinaus bis zu 25 000 Mitglieder sind in 94 Kartellen und mehr als 25 000 Mitglieder in 11 Kartellen vertreten.

Eine Zunahme von Mitgliedern ist trotz der wirtschaftlichen Depression in den meisten Kartellen zu verzeichnen, wie ja auch die Gesamtzahl der in den Gewerkschaftskartellen vereinigten Mitglieder ganz bedeutend zugenommen hat. Es verdient deshalb hier ganz besonders hervorgehoben zu werden, daß in Berlin und Umgebung die Mitgliederzahl nicht unwesentlich zurückgegangen ist. Die Mitgliederzahl der in der Berliner Gewerkschaftskommission vertretenen Organisationen ist von 252 069 im Jahre 1906 auf 235 169 im Jahre 1907 zurückgegangen. In Charlottenburg ging die Mitgliederzahl von 7910 auf 6733, und in Nixdorf von 9539 auf 9290 zurück. Insgesamt beträgt der Verlust an Mitgliedern in den genannten drei Städten 18 326. Von dem Verlust wurden besonders die Organisationen des Baugewerbes und der Verband der Holzarbeiter betroffen. Einen Mitgliederverlust, wenn auch in geringerem Maße, haben auch einige andere Großstädte zu verzeichnen. So ist in Breslau die Mitgliederzahl der im Kartell vereinigten Organisationen von 27 000 auf 26 000, in Köln von 19 000 auf 18 000, in Dresden von 42 000 auf 41 000 zurückgegangen. Andere Großstädte weisen dagegen beträchtliche Mitgliederzunahmen auf.

Das Wachstum der Gewerkschaftskartelle seit 1901, sowohl nach der Zahl der Mitglieder als in finanzieller Beziehung, zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Zahl der Gewerkschaftskartelle	Angehörige Gewerkschaften	Im Kartell vertretene Gewerkschaftsmitglieder	Im Kartell fernstehende Gewerkschaften	Jahres-einnahme ohne Streik-sammlungen	Jahres-ausgabe ohne Streik-Unterstützung
					Mark	Mark
1901	319	3995	481 718	328	294 189	208 349
1902	365	4742	614 722	339	272 394	285 468
1903	387	5207	758 728	312	435 466	305 218
1904	405	5559	924 026	348	395 712	398 601
1905	465	6495	1 180 940	363	512 394	499 671
1906	526	7390	1 500 206	400	672 545	559 981
1907	558	7777	1 596 409	396	784 647	683 081

Ueber die Einrichtungen der Kartelle liegen folgende Angaben vor: Es werden von den Kartellen unterhalten oder finanziell unterstützt 36 Gewerkschafts- oder Volkshäuser und 94 Versammlungslökalen. Eine Zentralherberge unterhalten 48 Kartelle, und 285 Kartelle haben sich die Kontrolle sonstiger Herbergen gesichert. Ferner unterhalten 374 Kartelle eine gemeinsame Bibliothek und 56 Kartelle außerdem noch ein Lesezimmer. Eine Beschwerdebekommision, welche die Aufgabe hat, Beschwerden der Arbeiter an die Gewerbeinspektion zu vermitteln, besteht und wird unterhalten von 141 Kartellen. Eine Bauarbeiter-Schutz-Kommision besteht in 218 Kartellorten, und eine Kommission für Beseitigung des Koff- und Logiszwanges unterhalten 78 Kartelle. Man sieht, daß in den Gewerkschaftskartellen auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Wirkens eine rege Tätigkeit entfaltete wird.

Auch in bezug auf Agitation wird vieles geleistet, wenn auch vielleicht gerade auf diesem Gebiete nicht alle Wünsche erfüllt wurden. Es wurden im letzten Jahre von Gewerkschaftskartellen insgesamt 2168 allgemeine und 1684 berufliche Versammlungen einberufen. Zu bemerken ist jedoch, daß 63 Kartelle während des ganzen Jahres keine Versammlung abgehalten haben. Von diesen kann nicht gesagt werden, daß sie ihre Pflicht in agitatorischer Beziehung voll getan hätten. Für die Agitation speziell unter den Arbeiterinnen bestehen in 25 Kartellorten Arbeiterinnen-Agitationskommissionen, und von 48 Kartellen sind weibliche Vertrauenspersonen eingesetzt.

Statistische Erhebungen wurden von 129 Kartellen veranstaltet. Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstalteten die Kartelle in Braunschweig, Ebingen, Eisleben, Halle, Hanau, Hannover, Heilbronn, Konstanz, Mühlhausen in Thüringen, Nienburg a. S., Reddinghausen, Regensburg, Riesa, Schorndorf, Schwab.-Gmünd und Spandau. Arbeitslosen-zählungen wurden vorgenommen in Berlin, Koblenz, Kolmar, Geesthacht, Hameln, Osterwied a. S., Potsdam, St. Johann, Scheu-ditz, Schwerin i. M., Schweisingen, Wittenberge und Wolgast. Sonstige statistische Erhebungen wurden von 108 Kartellen veranstaltet.

Für die Referentenvermittlung haben 47 Kartelle Einrichtungen vorgesehen und ein Zentralarbeitsnachweis wird von 8 Kartellen unterhalten.

Ueber die von den Gewerkschaftskartellen unterhaltenen Rechtsauskunftsstellen und Arbeitersekretariate ist eine besondere Statistik aufgenommen.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen in der Hauptsache aus festen Beiträgen. Von 553 über Einnahmen berichtenden Kar-

tellen erheben 551 bestimmte Jahresbeiträge, deren Höhe allerdings sehr verschieden ist, jedoch bei 438 Kartellen zwischen 20 und 80 Pfg. pro Mitglied schwankt, vereinzelt aber die Höhe von 2.60 Mark erreicht. Der durchschnittliche Jahresbeitrag beträgt pro Mitglied 56,2 Pfg. Im Jahre 1901 betrug der Durchschnittsbeitrag noch 34,2 Pfg., derselbe stieg von Jahr zu Jahr und erreichte 1907 die oben angegebene Höhe. Ueber Einnahmen und Ausgaben liegen von 541 Kartellen Angaben vor. Die Gesamteinnahmen derselben betragen im letzten Jahre 887 087 Mark. Die Einnahme aus laufenden Beiträgen beträgt 550 206 Mark. Die Sammlungen für Streiks und Aussperrungen ergaben insgesamt 102 440 Mark. Andre Sammlungen sowie die Ueberschüsse von Festlichkeiten, Schriftenvertrieb, Ueberschüssen von Gewerkschaftshäusern und sonstigen Unternehmungen usw. ergaben eine Gesamtsumme von 234 441 Mark.

Die gesamten Ausgaben belaufen sich auf 798 310 Mark. Für Agitation wurden verausgabt von 447 Kartellen 65 081 Mark, für Arbeitervertreterwahlen von 218 Kartellen 29 082 Mark, für statistische Erhebungen von 58 Kartellen 5441 Mark, für Herbergen und Arbeitsnachweise von 60 Kartellen 12 615 Mark, für Gewerkschaftshäuser und Versammlungslökalen von 74 Kartellen 72 652 Mark und für Arbeitersekretariate, Bibliotheken und Leseshallen von 393 Kartellen 213 069 Mark. Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen insgesamt 115 229 Mark und die sonstigen Ausgaben für Verwaltung, Inserate usw. zusammen 134 428 Mark.

Die Ausgaben der Kartelle für Unterstützung von Streiks und Aussperrungen sind in den letzten Jahren wesentlich zurückgegangen. Dagegen werden von Jahr zu Jahr größere Summen für die Unterhaltung von Sekretariaten, Bibliotheken und Leseshallen aufgewendet. Insbesondere ist die Summe, welche die Kartelle in den letzten fünf Jahren zur Unterstützung von Streiks und Aussperrungen beigetragen haben, nicht unbedeutend.

In den letzten fünf Jahren verausgabten die Gewerkschaftskartelle für:

Agitation	241 916	Mark
Arbeitervertreterwahlen	104 659	"
Statistische Erhebungen	17 579	"
Herbergen und Arbeitsnachweise	47 208	"
Gewerkschaftshäuser und Versammlungslökalen	221 869	"
Arbeitersekretariate, Auskunfts-bureaus, Bibliotheken und Leseshallen	620 845	"
Streiks und Aussperrungen:		
a) aus den Kartellklassen	184 769	"
b) aus Sammlungen	2 224 909	"
Gehälter, Miete, Bücher, Drucksachen, Inserate usw.	506 794	"
<b>Zusammen</b>	<b>4 170 543</b>	<b>Mark</b>

Zur Erledigung der Arbeiten haben 82 Kartelle besoldete Beamte angestellt. Ende 1907 waren in den Bureaus dieser Kartelle und in den von diesen unterhaltenen Arbeitersekretariaten insgesamt 132 Angestellte tätig. Im Jahre 1906 betrug die Zahl der von den Kartellen besoldeten Beamten 110. Ein besonderes Bureau zur Erledigung der gewerkschaftlichen Arbeiten unterhalten die Kartelle in Berlin, Chemnitz, Köln, Krefeld, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Gera, Hamburg, Hannover, Mannheim, München, Nürnberg und Stuttgart.

Wie die Zweigvereine, Zahlstellen usw. der freien Gewerkschaften sich zu örtlichen Kartellen zusammenschließen, um alle die Gesamtheit gemeinsam interessierenden Fragen auch gemeinsam zu regeln, so schließen sich auch die Ortsvereine der kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften zu Sonderkartellen zusammen. Im Berichtsjahre bestanden in 161 Orten mit Kartellen der freien Gewerkschaften auch Ortskartelle der kirchlich-Dunderschen. Ueber die Zahl der diesen Kartellen angeschlossenen Ortsvereine ließ sich genaueres nicht feststellen. Soweit die angeschlossenen Organisationen ermittelt werden konnten, beträgt deren Zahl 542. Die kirchlichen Gewerkschaften hatten in 124 Orten mit Kartellen der freien Gewerkschaften Sonderkartelle gegründet, denen, soweit festzustellen war, 551 Organisationen angehörten.

Bisher unterlag die Tätigkeit der Kartelle in einigen Bundesstaaten durch vereinsgesetzliche Bestimmungen und juristische Auslegung derselben mancherlei Beschränkungen, die durch das neue Reichsvereinsgesetz beseitigt sind. In keinem Bundesstaate kann jetzt ein Gewerkschaftskartell, das aus Delegierten von Vereinen besteht, als Verein angesehen werden. Sie haben weder Statut noch Mitgliederverzeichnis der Behörde einzureichen, noch sonstige Anzeigen zu erstatten. Aber auch selbst Vereine, soweit sie nicht die Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken, unterliegen nicht mehr solchen die freie Betätigung einengenden Bestimmungen wie bisher. Auch diese haben kein Verzeichnis der Vorstandsmitglieder und auch kein Statut der Behörde einzureichen. Und da in den Sitzungen der Gewerkschaftskartelle keine politischen Angelegenheiten erörtert werden sollen, so sind auch diese nicht als Versammlungen der Behörde anzumelden. Trotzdem dürfte es rasch sein, überall da, wo die Kartelle von den Polizeibehörden noch als Vereine angesehen und behandelt werden, ihnen durch Umgestaltung des Regulatoriums den Vereinscharakter zu nehmen, um so auf jeden Fall die Möglichkeit zu uneingeschränkter freier Betätigung zu schaffen. Die Gewerkschaftskartelle sind für die Gewerkschaftsbewegung von großer Wichtigkeit, ihre Weiterentwicklung muß deshalb allseitig zu fördern gesucht werden.

## Abrechnung

Der Sammlungen anlässlich der Protestbewegung im 8. Bezirk. Einnahme.

Ort	Einnahme	Ueberschuss	Ueberschuss
Altlußheim	10.75	129.70	129.70
Ebingen	8.80	15.85	15.85
Eppingen	1.20	4.50	4.50
Ebenkoben	5.10	7.40	7.40
Fußgönnheim	12.30	17.00	17.00
Halsloch	14.40	3.00	3.00
Hoffenheim	5.40	13.65	13.65
Kirchheim	10.00	26.55	26.55
Kaiserslautern	3.40	49.65	49.65
vom Kartell	20.00		
Ladenburg	15.25	82.10	82.10
Letmen	23.10	84.00	84.00
<b>Ueberschuss</b>	<b>129.70</b>	<b>Summa</b>	<b>432.90</b>

Ausgabe.

Unkosten in den einzelnen Orten des Bezirks durch Arrangierung von Versammlungen, Versammlungskosten, für Referenten usw.	280.55	Mark
Ausgaben der Bezirksleitung für Referenten, Fahrgehalt zc.	21.40	"
Für Drucksachen	23.45	"
Porto	3.25	"
<b>Summa</b>	<b>278.65</b>	<b>Mark</b>

Bilanz.

Einnahme 432.90

Ausgabe 278.65

bleibt Bestand 154.25

Seibelberg, den 27. Mai 1908.

J. Krohn, Gauleiter.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren:

Joseph Metzger, Rich. Glaser, Elise Hammer.

P. Lützenburger, F. Stetgleber, Karl Bahn.

## Briefkasten.

Niebergorbis. Einsendungen, die nicht mit dem Vereinsstempel versehen sind, finden keine Aufnahme. Uebrigens ist die Angelegenheit mehrfach im Tabak-Arbeiter erörtert und damit für das Blatt erledigt.